

Brasilien – Soziale Reformen und gewerkschaftliche Solidarität



Brasilien



DGB BILDUNGSWERK

Demonstration des brasilianischen Gewerkschaftsbundes CUT beim Weltsocialforum

Foto: Kerstin Röske

Vorwort	4
Vorbemerkung	5
Warum die IG Metall sich in Brasilien engagiert	7



Zur sozialen Lage in Brasilien	8
Soziale Daten	10
Politischer Hintergrund	11
Wirtschaftliche Entwicklung	13
Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Einkommen	15
Einkommensverteilung und Human Development Index	17
Zur Situation von Frauen	19
Das Sozialprogramm zur Armutsbekämpfung	21
Kontrollen gegen Kinder- und Sklavenarbeit	23
Rentenreform und Arbeitsgesetzgebung	25



Zur Lage der Gewerkschaften	26
Gewerkschaftsarbeit auf regionaler Basis	29
Arbeitnehmervertretung in Unternehmen	31
Reform des Gewerkschaftsrechts	33
Gewerkschaftliche Kämpfe	35



Gewerkschaftliche Netzwerke	37
Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen	39
Beispiele für Netzwerke in deutschen Firmen in Brasilien	41
Gemeinsam lernen	45
Offizielle Kontakte der IG Metall in Brasilien	46

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Alle Sektoren der Volkswirtschaft und alle Regionen der Welt werden von der Krise erfasst. Wenn sich das Desaster nicht wiederholen soll, brauchen wir eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte und neue Strukturen in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Wir brauchen auf nationaler, auf europäischer und auf globaler Ebene eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsgewerkschaften des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes.

Seit mehreren Jahrzehnten engagiert sich die IG Metall gemeinsam mit ihren Schwestergewerkschaften in vielen Ländern der Welt. Wir kämpfen für die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte, vor allem für das Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften zu gründen sowie das Recht auf freie Tarifverhandlungen.

Als Zusammenschluss von Millionen abhängig Beschäftigter bemühen wir uns um die soziale Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Betrieb und Gesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität herrschen, in der Menschen würdig leben können und ihre Arbeit respektiert wird. Die Menschen müssen die Freiheit und die Möglichkeiten haben, ihr Schicksal selbst bestimmen zu können.

Wir wollen unsere Einflussmöglichkeiten nutzen, weltweit und in Solidarität mit unseren Schwesterorganisationen. Gemeinsam mit ihnen leisten wir einen wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit und für die Selbstbestimmung der Menschen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Solidarität und gemeinsames Handeln setzt Informationen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in anderen Gesellschaften und Kulturen voraus. Diesem Zweck dient unsere Broschüre. Sie informiert über die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Arbeit der Gewerkschaften im heutigen Brasilien.

Die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen brauchen und fordern unsere solidarische Unterstützung und Einflussnahme bei der Durchsetzung ihrer Rechte, bei der Klärung von betrieblichen Problemen und örtlichen Auseinandersetzungen mit den in Deutschland residierenden Zentralen der Unternehmen.

Die Kolleginnen und Kollegen zählen auf die Unterstützung von Euro- und Konzernbetriebsräten, Vertrauensleuten und Aufsichtsräten sowie auf die Einflussnahme der Konzernbeauftragten unserer Organisation. Insbesondere wenn sie dafür kämpfen, dass ihre Rechte und Vertretungsstrukturen im Betrieb anerkannt und verankert werden.

Gewerkschaftliche Arbeit basiert in allen Ländern auf den gleichen Werten: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit, Anerkennung, Würde und Respekt. Diese Werte treiben uns in vielen kleinen Alltagsauseinandersetzungen und großen Konflikten an. Wir kämpfen gemeinsam für ein gutes Leben.

Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

Berthold Huber

1. Vorsitzender der IG Metall

Der Inhalt dieser Broschüre beruht auf Erfahrungen und Kenntnissen, die ich während meiner vierjährigen Tätigkeit als Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Brasília bis 2007 und in meiner Zuständigkeit für Brasilien und Chile gewonnen habe.

Hinzu kommen wertvolle neue Informationen, die mir meine Nachfolgerin in Brasilien Claudia Meyer zur Verfügung stellte.

Weitere Informationen wurden von Organisationen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Föderation der Metallarbeiter Brasiliens CNM/CUT (**Confederação Nacional dos Metalúrgicos**, Nationaler Dachverband der Metallarbeiter, **Central Única dos Trabalhadores**, Einheitszentrale der Arbeiter) oder anderen einheimischen Forschungsinstitutionen wie DIEESE (**Departamento Intersindical de Estatística e Estudos**, Gewerkschaftliches Institut für Statistik und Studien) oder IBGE (**Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística**) veröffentlicht.

Die Broschüre befasst sich mit einem besonderen und abgegrenzten Zeitabschnitt der Entwicklung Brasiliens ohne Anspruch auf Vollständigkeit: der Halbzeit der zweiten Legislaturperiode der Regierung Lula, die mit dem Jahr 2007 angefangen hat. Sie soll die Besonderheiten der Gesellschaft und der Gewerkschaften Brasiliens kurz darstellen und die sozialen Reformen unter die Lupe nehmen, die unter diesem aus der Gewerkschaftsbewegung stammenden Präsidenten eingeleitet worden sind. Dazu gehört auch die Reform des Gewerkschaftsrechts selbst.

Außerdem soll sie als Grundlage für die Arbeit aller aktiven gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen dienen, beispielsweise Betriebsräte, Konzernbetriebsräte, Eurobetriebsräte, Unternehmensbetreuer, Verwaltungsstellen und weitere interessierte Personen, die sich in Brasilien betätigen oder mit dem Land in Verbindung sind.

Unser gewerkschaftliches Ziel ist: die Arbeitnehmerrechte unserer Kolleginnen und Kollegen in Brasilien zu sichern und auszuweiten, die bilateralen Beziehungen zu vertiefen, die vorhandenen Netzwerke zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele zu festigen, weitere zu gründen und somit die internationale Solidarität zu stärken.

Ein herzlicher Dank geht an alle, die diese Broschüre ermöglicht und mit ihren Beiträgen bereichert haben, sowie an das DGB Bildungswerk für die Veröffentlichung der Broschüre.

Manuel Campos

IG Metall – Vorstand
FB Internationales/Europa
Bereich Lateinamerika
Frankfurt, Dezember 2008



Warum die IG Metall sich in Brasilien engagiert

Haupziele des Einsatzes der IG Metall in Brasilien sind die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und die Durchsetzung allgemeingültiger Standards in der Arbeitswelt. Dazu müssen in den Betrieben starke Arbeitnehmervertretungs- und Gewerkschaftsstrukturen verankert werden. Das gegenseitige Auspielen der Arbeitnehmenden hier und dort durch die Arbeitgeber muss verhindert werden.

Für Investoren ist Brasilien mit einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und 190 Millionen potentiellen Konsumenten ein attraktiver Standort. Von mehr als 1.200 deutschen Unternehmen oder solchen mit deutschem Kapital in Brasilien haben etwa tausend ihren Sitz in São Paulo. Allein dort beschäftigen sie rund 230.000 Arbeitnehmer. 15 Prozent der Industrieproduktion Brasiliens und acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wird von deutschen Firmen erwirtschaftet. Gegenwärtig sondieren auch zahlreiche Mittelständler den Markteinstieg. Traditionell investieren in Brasilien vor allem Industrieunternehmen aus den Bereichen Kraftfahrzeuge, Maschinenbau, Chemie und Pharmazie sowie Kraftwerkstechnik. Mittlerweile sind auch deutsche Bauunternehmen tätig, da im Bereich Infrastruktur großer Nachholbedarf besteht, z. B. im Straßen- und Hafenausbau.

Die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer in São Paulo ist die größte deutsche Handelskammer in Lateinamerika. Der Großraum São Paulo ist der größte deutsche Wirtschaftsstandort außerhalb der Bundesrepublik. Die Deutsche Bank bewertet die brasilianische Wirtschaft als robust.

Für deutsche Unternehmen ist Brasilien angesichts der Marktmöglichkeiten auf dem gesamten Kontinent und wegen des Reichtums an Rohstoffen ein strategisch wichtiger Markt. Von Regierungsseite sind die Interessen beider Länder in vielen Bereichen deckungsgleich. So wollen sich Deutschland und Brasilien für neue Verhandlungen der EU mit den Ländern des Wirtschaftsverbundes Mercosur einsetzen, dem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Es gibt einen vergleichbaren Wertekanon und eng geknüpfte Netzwerke in allen Bereichen.

Abenteuer Offshore: Von der Ölplattform von Petroleo Brasileiro in Angra dos Reis, Rio de Janeiro, wird Öl aus dem Meer geholt.

Foto: Landov Gostoli/picture alliance/dpa

Für uns Gewerkschafter sind die Beschäftigten in all diesen Unternehmen Kolleginnen und Kollegen. Es gilt, die Interessen deutscher und brasilianischer Arbeitnehmer gemeinsam und solidarisch zu vertreten und durchzusetzen. Mit unserem internationalen Engagement setzen wir auch die gewerkschaftspolitischen Entschlüsse des 21. Gewerkschaftstages der IG Metall 2007 in Leipzig um.

Perspektiven

Das von der Regierung des Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva 2007 aufgelegte Wachstumsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur PAC (**Programa de Aceleração do Crescimento**, „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“) ist eine für deutsche Unternehmen viel versprechende Perspektive gerade in den Bereichen Kraftwerks- und Stra-

ßenbau sowie bei Hafenanlagen. Es wird bis 2010 insgesamt rund 200 Milliarden US-Dollar vor allem in Verkehrswege, Stromversorgung, Wohnungsbau und Kanalisation investieren. Auch die geplante Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Rio de Janeiro und São Paulo wird im ersten Quartal 2009 ausgeschrieben. Sie ist 420 Kilometer lang und liegt in einer Region, in der etwa 40 Millionen Menschen leben und 45 Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaftet wird.

103 Bohrinseln beteiligen sich bereits am Abenteuer „Offshore“, wie die Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern heißt, die im Meer liegen. Weitere stählerne Eilande und Spezialschiffe sollen hinzukommen. Heute werden sie meist selbst gebaut statt wie früher importiert. Es ist eine teure und gewagte Investition, denn der zähflüssige Reichtum liegt 7.000 Meter unter der Meeresoberfläche und einer dicken Salzschiefer.



Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva hat mit knapp 61 Prozent der gültigen Stimmen im Oktober 2006 ein überzeugendes Mandat für eine zweite Amtszeit bis Ende 2010 erhalten. Bereits im Januar 2007 wurde mit dem „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) das eigentliche Regierungsprogramm vorgelegt. Ihm kommt die politische Funktion zu, das bunte Spektrum der Regierungs-

koalition zusammenzuhalten, zu der insgesamt elf Parteien gehören. Sein offizielles Ziel jedoch ist die Verringerung der Armut im Land. Wie weit die Regierung damit zur Halbzeit ihrer Legislaturperiode Ende 2008 gekommen ist und welche Reformen im Gewerkschaftsrecht noch zur Entscheidung anstehen, steht im Mittelpunkt der folgenden Kapitel.

Pausen mit Bewegung: Motivationstraining bei Faber Castell Foto: Jörg Böthling/agenda



Zur sozialen Lage in Brasilien



Wirtschaftsmetropole São Paulo: Mehr als
80 Prozent der Bevölkerung Brasiliens lebt in
den Städten. Foto: Jörg Böhling/agenda



Soziale Daten

	2006	2007
Bevölkerung		
Einwohner	186,7 Mio.	189,3 Mio.
Anzahl Einwohner pro qm	22	
Bevölkerungswachstum	1 %	1,3 %
Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 14 Jahre	25,8 %	
Anteil der Personen ab 70 Jahre	4,6 %	
Anzahl der Männer auf 100 Frauen	95	
Durchschnittliche Lebenserwartung		
- Männer	72,4	
- Frauen	68,7	
Kindersterblichkeit	25,1 %	
Urbanisierung	83,3 %	

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu Marktpreisen in US-\$	1.068 Mrd.	1.445 Mrd.
in der brasilianischen Währung Reais (R-\$)	2.333 Mrd.	2.559 Mrd.
in Euro bei einem Wechselkurs von 2,75 R-\$	863 Mrd.	930 Mrd.
BIP pro Kopf in US-\$	5.717	7.634
Reales BIP-Wachstum	3,1 %	5,4 %
Inflationsrate	3,1 %	4,5 %
Arbeitslosenquote	10,0 %	9,3 %
Reallohnzuwachs	5,1 %	3,8 %
Mindestlohn in R-\$	350,-	380,-
Anzahl der Kinderarbeiter	1,4 Mio.	
Anzahl der Arbeitsinspektionen	350.000	
Anzahl der aus sklavenähnlichen Bedingungen befreiten Arbeiter	5.963	

Wechselkurs am 30. 9. 2008:
1 Euro = 2,75 Real; 1 Real = 0,37 Euro

Quelle: Deutsche Botschaft in Brasilien, 2008



Der Beginn der zweiten Amtsperiode des Präsidenten Lula war von einer fünf Monate dauernden Phase der Regierungsbildung geprägt. Mehr als sieben Parteien gehören der Regierungskoalition unter Führung der Partei der Arbeiter (**Partido dos Trabalhadores, PT**) an. Lediglich die ersten 18 Monate der Legislaturperiode standen dem Präsidenten für ein ungestörtes „Durchregieren“ zur Verfügung, denn die Kommunalwahlen vom Oktober 2008 brachten spätestens ab dem Sommer spürbare Unruhe in die Regierungskoalition. Die Kandidaten der Kommunalwahlen müssen bereits im Vorfeld von politischen Ämtern zurücktreten. Davon war beispielsweise der für ein Bürgermeisteramt kandidierende Minister für Sozialversicherung und soziale Unterstützung Luiz Marinho betroffen. Er gehört wie der Präsident der PT an. Nach dem Amtsantritt der neuen Stadtregierungen am 1. Januar 2009 beginnen in den Parteien schon die Auseinandersetzungen um die Positionierung bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2010.

Die Führungsgruppe um Lula wusste die zur Beschaffung einer verlässlichen Mehrheit im Kongress erforderliche Zeit zu nutzen: mit der Entwicklung des „Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) schlug sie Pflöcke für die kommenden vier Jahre Regierungsarbeit ein. Das PAC kann als zentrales Regierungsprogramm angesehen werden. Ziel ist es, die wirtschaftliche Entwicklung – ursprünglich war noch von „nachhaltiger“ Entwicklung die Rede – zu beschleunigen. Das wirtschaftliche Wachstum sollte auf mindestens fünf Prozent pro Jahr angehoben werden, um auf diesem Weg mehr Arbeit und Einkommen zu schaffen und so schließlich die Minderung der sozialen und regionalen Unterschiede zu erreichen. Der detaillierte Projekt-Katalog des PAC sieht für den Zeitraum von 2007 bis 2010 Investitionen in Höhe von insgesamt 503,9 Milliarden Reais vor (rund 183,2 Milliarden Euro), die jeweils etwa zur Hälfte vom Staat und der Privatwirtschaft aufgebracht werden sollen – letzteres durch zielgerichtete Steueranreize. Der restliche Betrag (67,8 Milliarden Reais) soll aus dem Gewinn von Staatsunternehmen sowie aus zweckgebundenen Mitteln des Systems der sozialen Sicherung zur Verfügung gestellt werden. Das Investitionsvolumen wird für eine stattliche Anzahl genau definierter Projekte in drei strategischen Bereichen eingesetzt:

■ 274,8 Milliarden Reais (54,5 Prozent) für **energetische Infrastruktur**: Bau von 61 hydroelektrischen und 21 thermo-elektrischen Kraftwerken; Erstellung von 13.826 Kilometer Überlandleitungen; Konstruktion von Förderplattformen, Tankern, Raffinerien und Erdöl- bzw. Gaspipelines; Steigerung der Produktion von Biodiesel und Ethanol.

■ 170,8 Milliarden Reais (33,9 Prozent) für **logistische Infrastruktur**: Bau, Verbreiterung, Asphaltierung etc. von 45.337 Kilometer Straße; Bau von 2.518 Kilometer Eisenbahnstrecke, Konstruktion einer Schleuse; Ausbau von 12 See- und 67 Flughäfen; Modernisierung von 20 Flughäfen.

■ 58,3 Milliarden Reais (11,6 Prozent) für **soziale und städtische Infrastruktur**: Anschluss von 5,2 Millionen Menschen an das Stromnetz im Rahmen des Programms „Licht für alle“; Ausbau der Trinkwasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung für 23,2 Millionen Haushalte; Ausbau von U-Bahnen und Nahverkehrslinien in Fortaleza, Recife, Salvador, Belo Horizonte und São Paulo; sozialer Wohnungsbau für 4,6 Millionen Familien; Integration des hydrographischen Einzugsgebiets des Rio São Francisco durch Umleitung von Wasser in den trockenen Nordwesten; letzteres ist ein umstrittenes Projekt.

Präsident Luiz Inacio Lula da Silva und Gouverneur Blairo Maggi eröffnen 2006 eine Biodieselanlage in Barra do Bugres.

Foto: Ricardo Stuckert/picture alliance/dpa





Der Vorwurf einiger Kritiker, mit dem PAC würden lediglich bereits beschlossene oder gar in Umsetzung befindliche Maßnahmen medienwirksam zusammengefasst, ist nicht ganz zutreffend. Das PAC muss vielmehr auch – nach über einer Dekade der totalen Abstinenz des Staates bei der Erarbeitung planerischer Vorgaben für die Entwicklung der Wirtschaft – als Versuch zur Formulierung einer staatlichen Förderpolitik mit sozialer Komponente verstanden werden.

Der Maßnahmenkatalog listet Aktivitäten in praktisch allen Regionen des Landes auf, beschreibt dabei relativ präzise das „Angebot“ der Regierung an die Bundesstaaten und die Kommunen und kann somit als eine Art Verhandlungsgrundlage betrachtet werden. Da er just zu Beginn der Gespräche über die Bildung der Regierungskoalition vorgelegt wurde, konnten sich die Parteien des Regierungslagers, konkreter die Parlamentarier des Kongresses wie die Gouverneure der Bundesstaaten, in dem Projekt wiederfinden. Es ist daher kein Zufall, dass sich 20 der 27 Gouverneure – von denen nur fünf der PT angehören – für die Zusammenarbeit mit der Regierung ausgesprochen haben. In der Opposition sehen sich lediglich José Serra (São Paulo), Aécio Neves (Minas Gerais) und

Yeda Crusius (Rio Grande do Sul) – alle drei der PSDB (Partei der Brasilianischen Sozialen Demokratie) angehörend.

Nicht zuletzt ist es der Führungsgruppe um Lula auf diese Weise gelungen, trotz des Widerstands in den eigenen Reihen einige Vorhaben auf die politische Tagesordnung zu setzen: die Vergabe von Konzessionen zum Bau von Straßen an private Konsortien, die Deckelung des Wachstums der Personalkosten der Zentralregierung (+ 1,5 Prozent oberhalb der Inflationsrate pro Jahr), die Bindung der Steigerung des Mindestlohns an die Inflationsrate plus BIP-Wachstum sowie die Ankündigung von Reformmaßnahmen zur Stabilisierung des Rentensystems.

Die großen Gewerkschaftsverbände stehen der Regierung Lula grundsätzlich positiv gegenüber, auch wenn es über das Ausmaß und Tempo sozialer Reformen einige Unzufriedenheit gibt. Der Präsident selbst und mehrere seiner Minister stammen aus der Gewerkschaftsbewegung und nehmen die aus ihren Reihen artikulierten Vorschläge zum Beispiel zum Mindestlohn auf. Grundsätzliche Kritik leisten dagegen einige kleinere links orientierte Gewerkschaften.

Oben:

Die Zuckerindustrie setzt auf Biosprit als Exportchance: Umwandlung von Zucker in Ethanol Foto: Jörg Böhling/agenda

Rechts:

Vom Biosprit profitiert auch die Metallindustrie: Herstellung von Ethanol-Tanks
Foto: Jörg Böhling/agenda



Der Wirtschaft Brasiliens geht es so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst kontinuierlich, die Arbeitslosenquote sinkt und die Finanzkennzahlen haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. In den letzten fünf Jahren wuchs die Automobilindustrie sehr stark (63 Prozent) und erzielte Verkaufs- und Produktionsrekorde. Innenpolitisch hat sich ein breiter Konsens für eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik gebildet. Ergebnis: Ein stabiler Staatshaushalt und ein Abbau der Schulden. Am deutlichsten wird die Veränderung bei der Betrachtung der Bonität des Landes. Lange war Brasilien einer der größten Nettoschuldner in der Region, inzwischen ist das Land zum Nettogläubiger geworden.

Die an Marktwirtschaft und Finanzstabilität orientierte Wirtschaftspolitik ist die Basis für den Konjunkturaufschwung. Allerdings profitiert Brasilien als ressourcenreiches Land auch von den stark gestiegenen Rohstoffpreisen. Bei verschiedenen Agrarrohstoffen ist Brasilien der führende Produzent – so zum Beispiel bei Zucker, Kaffee, Soja und Orangen. Einer der größten Abnehmer für Agrarprodukte aus Brasilien ist China. Immer wichtiger wird auch die Rolle des Landes als Erdölproduzent. Das riesige vor der brasilianischen Küste entdeckte Ölfeld – Experten schätzen es auf 33 Milliarden Barrel – ist ein Wechsel auf die Zukunft. Derzeit macht Erdöl rund acht Prozent der brasilianischen Exporte aus.

Die Inflation allerdings ist gestiegen. Der Inflationsindex erreichte 9,11 Prozent und übertraf damit die durchschnittliche Preissteigerung um 55 Prozent. Der Nationalpreisindex für Konsum (IPCA) zeigt deutlich den Anstieg der Preise für Strom, Wasser, Abwasser, Transportmittel und alkoholische Getränke. Zwischen Juni 2007 und Mai 2008 betrug er 5,58 Prozent. Bei einigen wichtigen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Bohnen, Milch, Weizen und Öl betrug der Unterschied 20 bis 100 Prozent. Lohnabhängige mit niedrigem Einkommen werden besonders durch die steigende Inflation belastet, da sie das meiste für die Ernährung ausgeben. Nach Aussage des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts DIEESE stieg der Preis für den Basis-Nahrungskorb in der Stadt São Paulo zwischen Juli 2007 und Juni 2008 um 30,88 Prozent.



Zuckerrohr wird auf großen Plantagen angebaut – oft unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen.

Foto: Jörg Böhling/agenda

Die Löhne halten mit der positiven Gesamtentwicklung nicht mit, obwohl die Arbeitsproduktivität um 22,8 Prozent gestiegen ist. Nach einer Untersuchung von DIEESE verdiente ein Arbeitnehmer in den sechs wichtigsten Regionen des Landes real durchschnittlich 1.216,50 Reais im Juni 2008. Gegenüber 2007 verbesserte sich das Einkommen in Salvador (um 6,9 Prozent), in Rio (3,4 Prozent) und São Paulo (ein Prozent), verschlechterte sich aber in Recife (– 4,9 Prozent). Der Durchschnittslohn in der Industrie betrug 1.350 Reais. Das entsprach vier Mindestlöhnen. Die höchsten Löhne werden in der Ölindustrie und bei der Produktion von Alkohol verdient (13 Mindestlöhne), gefolgt von der Chemieindustrie (zehn Mindestlöhne) und der Metall- und Bergbauindustrie (acht Mindestlöhne).



In São Paulo sind die Einkommen gestiegen, doch der Preis für den Grundnahrungskorb stieg schneller. Foto: Jörg Böhling/agenda

Beschäftigte mit Arbeitsvertrag im Privatsektor verloren monatlich durchschnittlich 1,2 Prozent auf 1.153 Reais. Ohne Arbeitsvertrag stieg der Durchschnittslohn um 2,9 Prozent auf 803,10 Reais. Wer den Mindestlohn verdient – das tun heute 40 Millionen Menschen – muss 125 Stunden arbeiten, um sich den Lebensmittelkorb aus 13 Basisprodukten leisten zu können. Vor einem Jahr waren es „nur“ 112 Stunden, wie das Gewerkschaftsinstitut DIEESE errechnet hat.

Bei den Löhnen gibt es hohe Unterschiede auch innerhalb einer Industrie. Durchschnittlich verdienen die Metalller in der Automobilindustrie von São Bernardo do Campo im Bundesstaat São Paulo 3.674,74 Reais bei einer Wochen-

arbeitszeit von 40 Stunden, das ist ein Stundenlohn von 20,97 Reais. Der gleiche Arbeitnehmer in Catalão-GO verdient durchschnittlich 1.031,92 Reais, das sind nur 28,3 Prozent davon, bei einer Wochenarbeitszeit von 44 Stunden; das entspricht einem Stundenlohn von 5,39 Reais.

Die Arbeitgeber begründen solche Unterschiede mit proportionalen Lebenshaltungskosten. Allerdings variieren die Kosten für den Korb mit Produkten und Dienstleistungen zwischen beiden Regionen: In der ABC-Region kostet er 2.723,88 Reais und in Catalão 2.410,41 Reais.

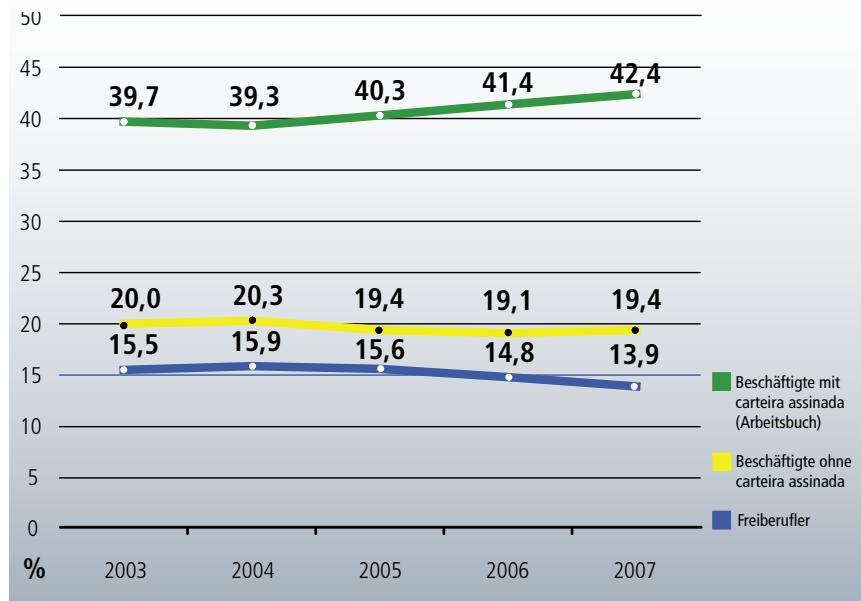
Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Einkommen

Der brasilianische Arbeitsmarkt sah 2008 gut aus: Seit sechs Jahren war die Arbeitslosigkeit nie so gering und die formale Beschäftigung derart hoch. Allerdings darf die positive Tendenz nicht über die nach wie vor bestehenden Probleme hinwegtäuschen, wozu der hohe Anteil informeller Beschäftigung ebenso zählt wie die anhaltende Diskriminierung von Frauen und Afro-Brazilianern.

Der Druck am Arbeitsmarkt hat im Zeitverlauf abgenommen. Nach den Untersuchungen des IBGE (Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística) über Beschäftigung, deren Daten in den sechs Metropolen Recife, Salvador, Belo Horizonte, Rio de Janeiro, São Paulo und Porto Alegre erhoben werden, lag die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei 9,3 Prozent. Von 2003 bis 2007 nahm sie sogar um 18,6 Prozent ab. Der Anteil derjenigen, die in das Sozialversicherungssystem einzahlen, ist im gleichen Zeitraum von 61,1 Prozent auf 64,1 Prozent angestiegen. Davon waren 57,3 Prozent Männer und 42,7 Prozent Frauen. 66,9 Prozent war zwischen 25 und 49 Jahre alt.

Vor dem Hintergrund der guten Konjunkturlage konnten 2007 mehr als 1,6 Millionen Arbeitsplätze im formellen Sektor geschaffen werden. Seit 2003 hat die formelle Beschäftigung im Privatsektor mit einem Arbeitsbuch, das vom Arbeitgeber unterschrieben wird, von 39,7 Prozent auf 42,4 Prozent in 2007 zugenommen. Die informelle Beschäftigung im Privatsektor hat im gleichen Zeitraum von 15,5 Prozent auf 13,9 Prozent abgenommen. Die freiberufliche Arbeit ist 2008 mit 19,4 Prozent gegenüber den Vorjahren relativ stabil geblieben (Grafik 1).

Grafik 1: Verteilung nach Art der Beschäftigung

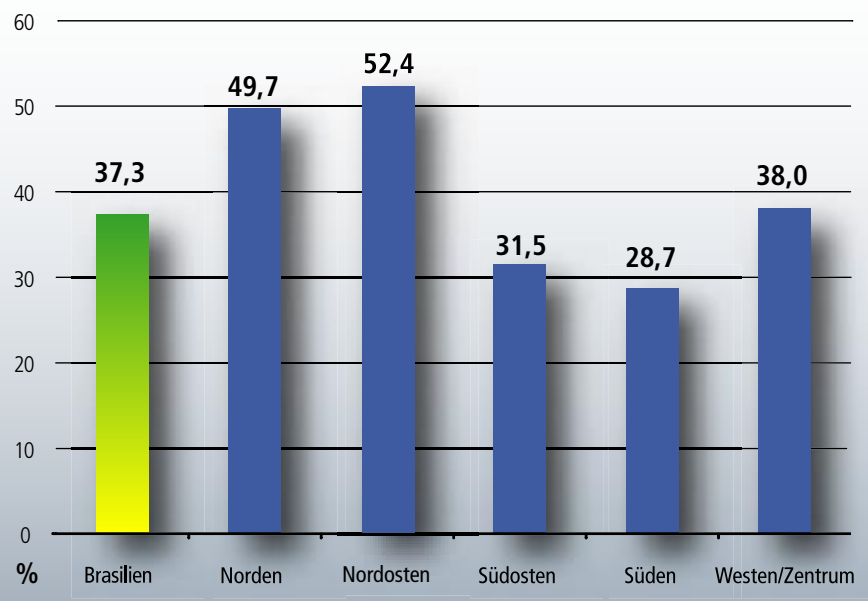


Quelle: IBGE



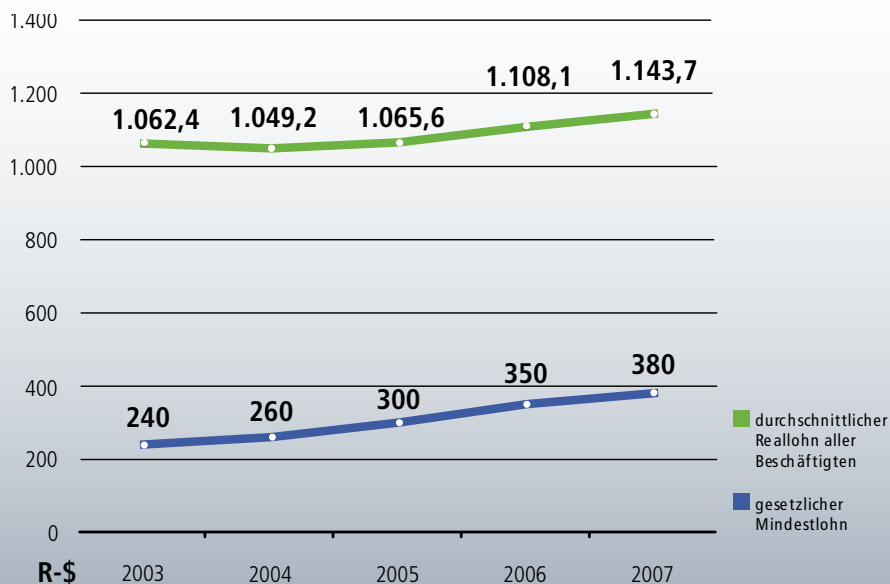
Mehr Beschäftigung und höherer Mindestlohn: Straßenfegerinnen in São Paulo Foto: Jörg Böthling/agenda

Grafik 2: Anteil der Beschäftigten ohne Arbeitsbuch an den Gesamtbeschäftigten (2005)



Quellen: IBGE, PNAD, DIEESE

Grafik 3: Mindestlohn und durchschnittlicher monatlicher Reallohn 2003-2007 (zu Preisen von 12/07)



Wie wenig repräsentativ die monatliche Erhebung des IBGE jedoch ist, zeigt die Grafik 2, die den Anteil der Beschäftigten ohne Arbeitsbuch nicht auf der Grundlage der Metropolen, sondern der großen Regionen wiedergibt. Danach ergibt sich für das Jahr 2005 ein sehr viel höherer Anteil an informeller Beschäftigung, nämlich 37,3 Prozent. Auch hier zeichnet sich die für das Land typische Unterteilung in den wenig entwickelten Norden und den besser entwickelten Süden deutlich ab.

2007 betrug der Reallohnzuwachs 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im Zeitraum 2003 bis 2007 7,7 Prozent. Die Gewerkschaften wussten die wirtschaftlich günstige Entwicklung zu nutzen, um den Kaufkraftverlust durch die Inflation auszugleichen: 8,3 Prozent der 2007 abgeschlossenen Tarifverträge entsprachen der Inflationsentwicklung in Höhe von 5,15 Prozent (Índice Nacional de Preços ao Consumidor, INPC/IBGE), 87,7 Prozent der Tarifabschlüsse lagen sogar darüber.

Der Mindestlohn wurde im April 2007 auf 380 Reais und im März 2008 auf 415 Reais erhöht. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der Gewerkschaften: Das Versprechen aus dem Wahlkampf 2002, den gesetzlichen Mindestlohn bis 2006 auf 400 Reais zu verdoppeln, mussten sie mit ihrem „Marsch nach Brasília“ 2004 erst wieder in Erinnerung rufen. Zu der Verzögerung hat vermutlich beigetragen, dass der PT erst in der Regierungsverantwortung die Verknüpfung des gesetzlichen Mindestlohns, von dem rund 40 Millionen Beschäftigte abhängen, mit anderen staatlichen Sozialleistungen deutlich wurde. So führt eine Erhöhung des Mindestlohns um einen Real zu jährlichen Mehrausgaben bei den Renten von 185 Millionen Reais. Dessen ungeachtet dürfte die Anhebung des Mindestlohns ebenso wie die Reallohnentwicklung durch den Nachfrageeffekt die günstige Konjunkturentwicklung beeinflusst haben (Grafik 3).

Quelle: IBGE, Pesquisa Mensal de Emprego

Einkommensverteilung und Human Development Index

Bei der Einkommensverteilung überschreitet Brasilien die von den Vereinten Nationen definierte Grenze für mögliche soziale Unruhen: Der Gini-Koeffizient, der das Ausmaß der Ungleichheit anzeigt, liegt dafür bei 0,4. In Brasilien betrug er im Jahr 2005 0,57 Prozent. Konkret verteilen sich lediglich 14,1 Prozent des Einkommens auf die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung, 45,1 Prozent entfallen hingegen auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung.

Diese Struktur hat sich seit dem Ende der 70er Jahre nur unwesentlich verändert. Der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie Ende der 80er Jahre hat also nicht – wie von der Mehrheit der Bevölkerung erwartet – zur Korrektur der extremen Ungleichverteilung des Einkommens geführt.

Allein den Sozialprogrammen ist es zu verdanken, dass das Einkommen der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung zwischen 2001 und 2004 um fünf Prozent gestiegen ist, während die reichsten 20 Prozent etwa ein Prozent des Einkommens verloren haben. Angesichts des sozioökonomischen Sprengsatzes, den die extreme Ungleichheit in Brasilien in sich birgt, scheint dies jedoch lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein (Grafik 4).

Die Diskriminierung der Afro-Brazilianer – so stuften sich 79 Millionen Menschen und damit 45 Prozent der Bevölkerung nach dem letzten Zensus selbst ein – bei den Löhnen ist eklatant: Sie bekommen lediglich die Hälfte dessen, was Weiße verdienen. Zwar fiel der nominale Lohnzuwachs der Weißen mit 8,8 Prozent von 2003 bis 2007 geringer aus als derjenige der Afro-Brazilianer in Höhe von 11,4 Prozent im gleichen Zeitraum – doch das ist gering und lässt wenig Hoffnung darauf, dass sich die Situation ohne energisches politisches Gegensteuern im erforderlichen Umfang ändern wird (Grafik 5, folgende Seite).

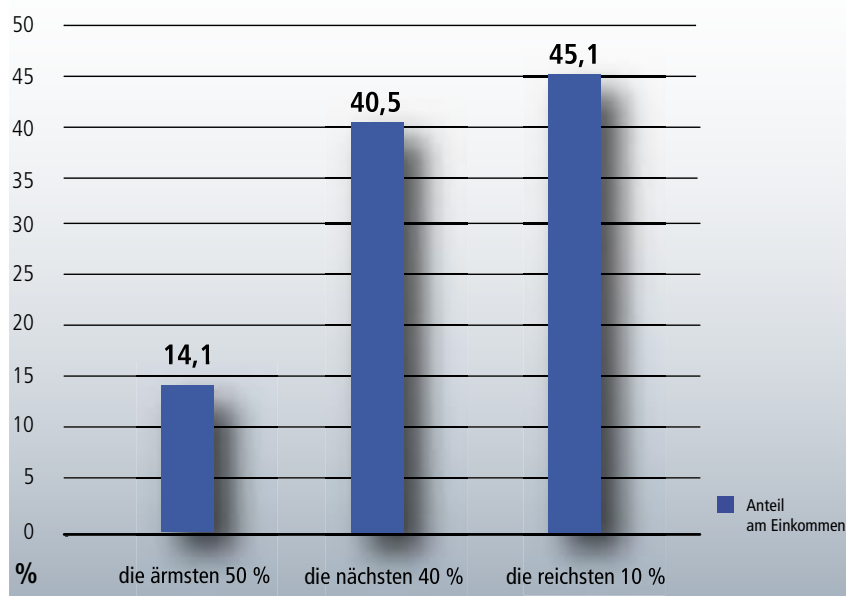
Eine weitere Komponente des sozioökonomischen Sprengsatzes bilden die krassen regionalen Unterschiede beim Zugang zu Bildungs-, Einkommens- und Lebenschancen. Eine regionale Unterscheidung mittels des Human Development Index (HDI), mit dem das Entwicklungsprogramm der



Extreme Ungleichheit: Im Nordosten des Landes leben Menschen in „Armutsnischen“.

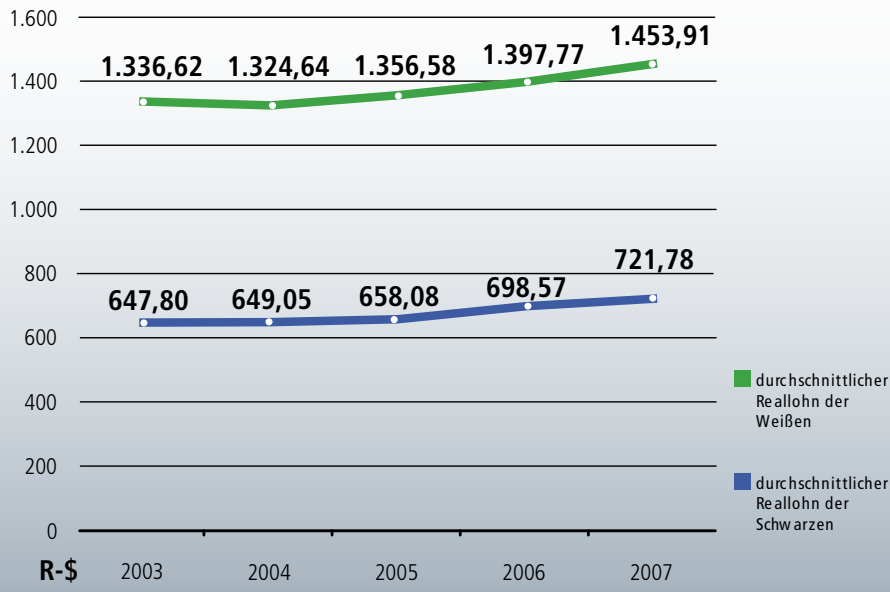
Foto: Jörg Böhling/agenda

Grafik 4: Einkommensverteilung in der brasilianischen Bevölkerung (2005)



Quelle: Centro de Políticas Sociais auf Datengrundlage des IBGE/PNAD

Grafik 5: Durchschnittlicher monatlicher Reallohn nach Hautfarbe 2003-2007 (zu Preisen von 12/07)



Quelle: IBGE

Vereinten Nationen (UNDP) diese Faktoren bewertet, wurde im Jahr 2000 getroffen. Danach sind die Gemeinden mit dem höchsten Entwicklungsniveau

im Süden und Südosten Brasiliens konzentriert, während fast alle Gemeinden im Nordosten und Nordwesten des Landes in die Kategorie mit dem

niedrigsten Entwicklungsstand fallen. Der Durchschnittswert für das ganze Land lag bei 0,766. Im Nordosten Brasiliens hat das UNDP 13 „Armutsnischen“ identifiziert, wo in gut 600 Gemeinden rund 26 Millionen Menschen unter Bedingungen leben, die (gemessen am HDI) dem Niveau von Uganda entsprechen – ein schockierender Befund für eine Nation, die stolz darauf ist, zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt zu zählen.

Auch hier zeigt sich deutlich das „dunkle“ Gesicht der Armut: Differenziert man den HDI nach ethnischen Gruppen, so erreicht das „weiße Brasilien“ Rang 44 im weltweiten Vergleich, während das „schwarze Brasilien“ auf Rang 104 zurückfällt. Bei der Gruppe der Armen beträgt der Anteil der Afro-Brasilianer 68,8 Prozent, während sie bei der Gruppe der Reichen nur auf knapp zehn Prozent kommen. Unter den Hochscholstudenten machen Afro-Brasilianer nur 30 Prozent aus; ein Umstand, der durch die Einführung von Quoten geändert werden soll. Die weitgehende Übereinstimmung von ethnischer Zugehörigkeit und sozialer Stellung ist ein Erbe der Sklavenhaltergesellschaft, die in Brasilien immerhin 350 Jahre Bestand hatte. Aber auch nach der Abschaffung der Sklaverei 1888 wurde wenig getan, um die Afro-Brasilianer an Einkommen und Entscheidungen zu beteiligen. Erst mit der Verfassung von 1988 wurde rassistische Diskriminierung unter Strafe gestellt.

Diese Tatsachen müssen mitbedacht werden, wenn man die Erfolgsmeldungen aus dem Human Development Report 2007/2008 (Stand der Daten: 2005) betrachtet: Danach ist Brasilien gegenüber dem Vorjahr um einen Platz auf Rang 70 (von 177 Ländern) und mit einem Wert von 0,8 in die obere der drei Gruppen von Ländern aufgestiegen. Während das Land beim Zugang zu Bildung mit Platz 36 relativ gut abschneidet (Deutschland liegt hier auf Platz 34), erreicht es mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 71,7 Jahren lediglich Platz 79. Brasilien nimmt insgesamt lediglich eine Position im Mittelfeld ein und liegt deutlich unterhalb des Niveaus der Nachbarländer (Argentinien: 38; Chile: 40; Uruguay: 46) sowie wichtiger Vergleichsländer der Region (Costa Rica: 48; Cuba: 51; Mexiko: 52).

Guter Zugang zu Bildung: Fabrik zur Buntstiftproduktion Foto: Jörg Böhling/agenda



Die Mehrheit der brasilianischen Frauen lebt in Städten (84 Prozent), kann lesen und schreiben (77 Prozent im Norden und Nordosten, 92 Prozent im Süden und Südosten), und hat Kinder (75 Prozent). Frauen machen 42 Prozent des wirtschaftlich aktiven Teils der Bevölkerung aus. Einzelne Frauen stoßen bis in Führungspositionen der Wirtschaft vor.

Hinsichtlich des Gender Development Index (GDI) der UNDP, der die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Bildungs-, Einkommens- und Lebenschancen anzeigt, nimmt Brasilien einen guten Rang 28 von insgesamt 158 Ländern ein. Anders ausgedrückt: Lediglich in 27 Ländern sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede kleiner.

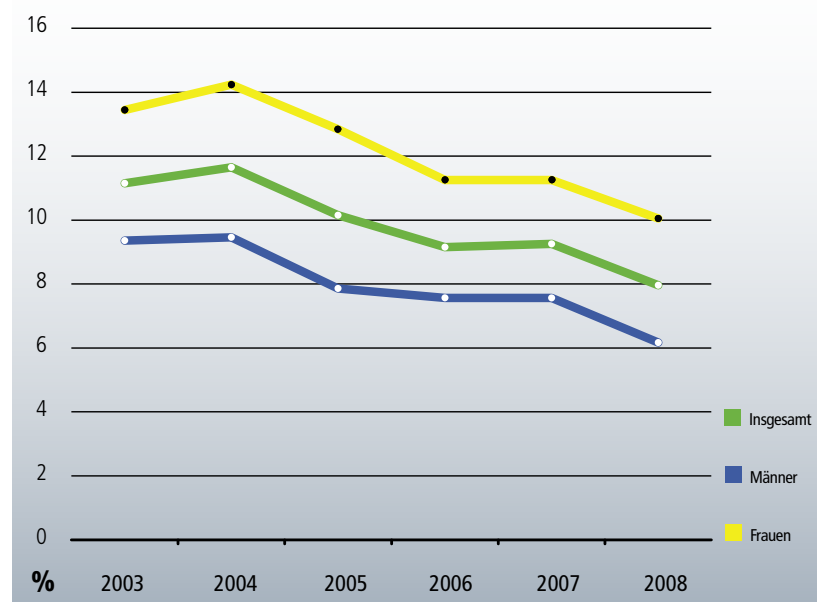
In der Politik allerdings spiegelt sich das nicht wider: Hier hat die seit 1995 gültige Quotenregelung dafür gesorgt, dass durchschnittlich fünf Prozent der Posten mit Frauen besetzt sind. Mit der Berufung von zwei Ministerinnen und drei Staatsministerinnen in sein Kabinett setzte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva nach seiner ersten Wahl 2003 eine historische Rekordmarke. Wie weit die Realität vom Ziel entfernt ist, Gleichheit zwischen den Geschlechtern zu erreichen, zeigen die Ergebnisse der Wahlen im Oktober 2006: Lediglich 46 der 513 Sitze des Abgeordnetenhauses (8,9 Prozent) und vier von 27 zu besetzenden Sitzen des Senats (14,8 Prozent) konnten von Frauen gewonnen werden, und nur in drei von 27 Bundesstaaten wird in den kommenden vier Jahren eine Frau das Amt des Gouverneurs ausüben. Der UNDP-Indikator GEM (Gender Empowerment Measure), der die Beteiligung der Frauen in Politik und Wirtschaft einschließlich von Einkommensunterschieden misst, bescheinigt ein miserables Ergebnis: Mit einem Wert von nur 0,49 erreicht Brasilien Platz 70 von 93 Ländern.

Auf dem Arbeitsmarkt sind nach Untersuchungen des IBGE in den Metropolen 44,4 Prozent bzw. 9,4 Millionen Beschäftigte Frauen; hingegen beträgt der Frauenanteil an den Arbeitslosen 57,7 Prozent (Grafik 6).



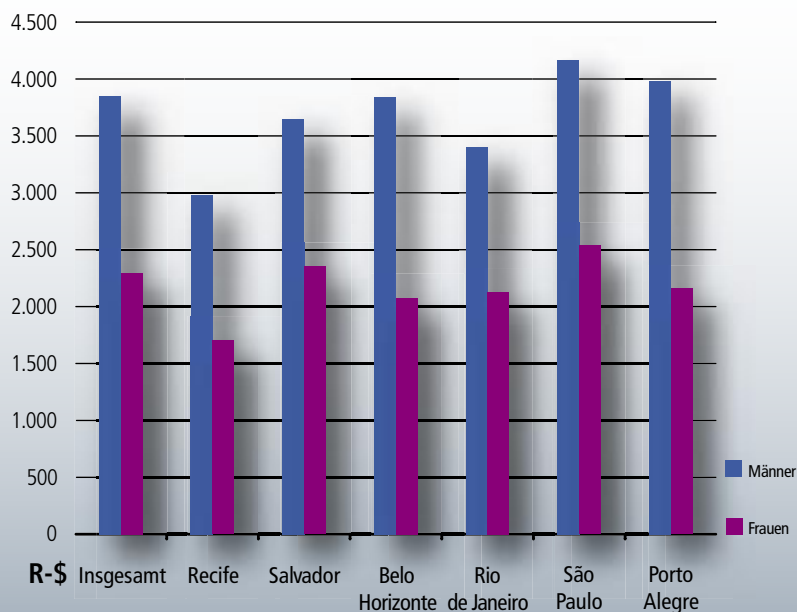
Demonstrantinnen in São Paulo gingen am internationalen Frauentag im März 2008 als „Feministinnen, Antikapitalistinnen und Kämpferinnen für Gerechtigkeit, Autonomie und Volkssouveränität“ auf die Straße. Foto: Sebastiao Moreira/picture alliance/dpa

Grafik 6: Arbeitslosigkeit nach Geschlecht 2003-2005



Quelle: IBGE

Grafik 7: Durchschnittliches monatliches Einkommen von Frauen und Männern mit gehobenem Bildungsniveau nach Regionen (1/08)

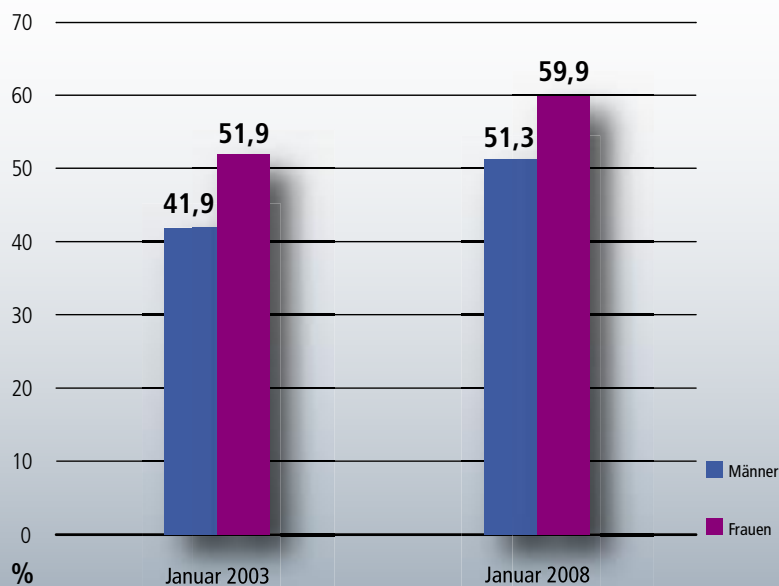


Auch hinsichtlich der Höhe des Einkommens zeigen sich deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen erhalten laut IBGE 71,3 Prozent des Einkommens der Männer, wobei der Unterschied regional variiert (75,9 Prozent in Recife und 69,3 Prozent in Porto Alegre). Auch unter den Frauen wirkt zudem die Differenzierung nach Hautfarben: 90 Prozent der euro-brasilianischen Frauen, doch nur 78 Prozent ihrer afro-brasilianischen Geschlechtsgenossinnen können lesen und schreiben, und während der durchschnittliche Monatslohn für erstere 561,70 Reais beträgt, liegt er für letztere bei gerade mal 290,50 Reais (Grafik 7).

Frauen mit gehobenem Bildungsniveau bekommen sogar nur 60 Prozent der Bezüge von Männern (bei gleichem Grad der Schulbildung). Dabei verfügten 59,9 Prozent der beschäftigten Frauen im Januar 2008 über mehr als zehn Jahre Schulbildung, bei den Männern lediglich 51,9 Prozent (Grafik 8).

Quellen: IBGE, Pesquisa Mensal de Emprego

Grafik 8: Anteil von Frauen und Männern mit elf oder mehr Schuljahren (1/03 – 1/08)



Frauen lernen und verdienen weniger als Männer.

Foto: Jörg Böhling/agenda

Quellen: IBGE, Pesquisa Mensal de Emprego

Das Sozialprogramm zur Armutsbekämpfung

Tragende Säule der brasilianischen Sozialhilfeprogramme ist **Bolsa Familia**, ein an Bedingungen geknüpftes Sozialtransferprogramm. Es soll Hunger und Armut im Land verhindern und gleichzeitig Anreize zum Schulbesuch der Kinder und zur medizinischen Grundversorgung der Familien schaffen.

Familien können entsprechend ihrer Bedürftigkeit zwischen 18 und 172 Reais Transferleistungen erhalten (bei einem Wechselkurs von 2,75 Real entspricht dies 6,54 bzw. 62,54 Euro). Extrem arme Familien mit einem Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 60 Reais erhalten einen Basisbetrag in Höhe von 58 Reais sowie 18 Reais pro Kind für maximal drei Kinder im Alter bis zu 15 Jahren. Für maximal zwei Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren kommen seit 2008 jeweils 30 Reais hinzu.

Im Dezember 2007 erhielten nach offiziellen Angaben 11,04 Millionen Familien bzw. 45 Millionen Personen Zuwendungen aus Bolsa Familia. Dies entspricht etwa einem Viertel der brasilianischen Bevölkerung. Nach Regierungsaussagen erhalten damit alle von extremer Armut betroffenen Brasilianer staatliche Unterstützung. Dieser verfassungsgemäße Versorgungsauftrag wurde erstmals 2006 erfüllt. Der Haushaltsansatz für Bolsa Familia betrug 2007 knapp neun Milliarden Reais, das entspricht etwa 3,3 Milliarden Euro.

Laut Human Development Bericht 2007/2008 hat Bolsa Familia zu einem Rückgang der extremen Armut im Land um 16 Prozent beigetragen und die Unterernährung von Kindern im Alter zwischen sechs und elf Jahren um 60 Prozent verringert. Da in besonderem Maße Frauen Zuwendungen benötigen, weil die Armut sie am meisten trifft, trägt es auch zur Geschlechtergerechtigkeit bei.

Auch seitens der Weltbank wird positiv hervorgehoben, dass 94 Prozent der Transferleistungen 40 Prozent der Ärmsten Brasiliens erreichen. Nicht zuletzt ist relativ unbestritten, dass die staatlichen Sozialtransferleistungen mitgeholfen haben, die Binnennachfrage zu einem stärkeren Wachstumspfeiler der brasilianischen Volkswirtschaft zu machen. Zwischen 2004 und 2006

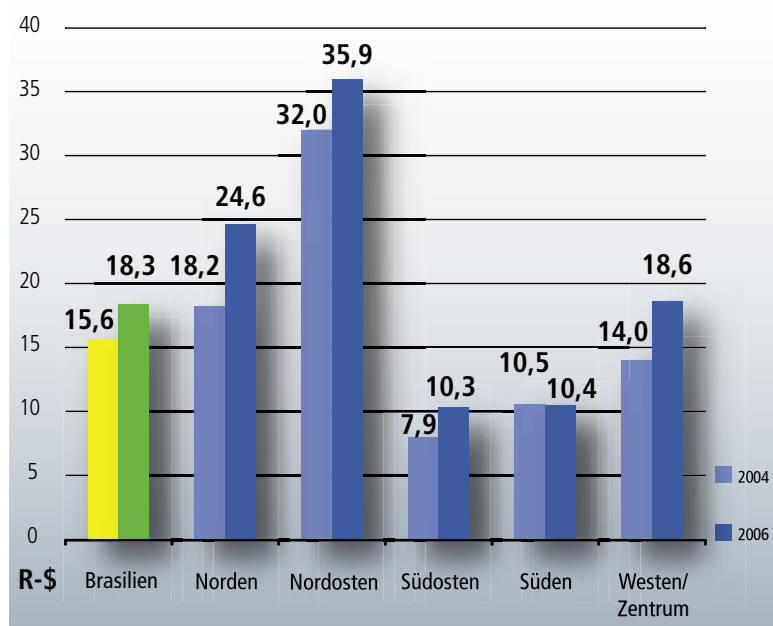
Quelle: IBGE



Lulas Regierung will die Armut im Land beseitigen: Familie im Amazonasgebiet

Foto: Jörg Böhling/agenda

Grafik 9: Anteil der Haushalte, die Transferleistungen aus staatlichen Sozialprogrammen erhielten (nach Regionen 2004-2006)



stieg der Anteil der Haushalte, in denen mindestens ein Mitglied Transferleistungen aus einem der staatlichen Sozialprogramme erhielt, von 15,6 auf 18,3 Prozent aller Haushalte an (Grafik 9, Seite 21). Obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung weniger als der Hälfte entspricht, ist die Gruppe der Afro-Brasilianer mit 68 Prozent auch hier besonders stark vertreten.

Gerade im Norden und Nordosten – dem „Armenhaus“ Brasiliens, in dem ganze Gemeinden von Sozialtransfers abhängig sind – hat die effektive Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs deutlich angezogen. Der Kleinhandel erlebt einen eigentümlichen Wirtschaftsboom auf niedrigem Niveau und das soziale Klima hat sich spürbar verbessert.

Der Anteil der Kinder bis 15 Jahre aus Haushalten mit Transfereinkommen, die eine Schule oder eine Kinderkrippe besuchen, erreichte 2006 97,2 Prozent und damit fast die Rate der Haushalte ohne Transfereinkommen von 97,9 Prozent.

Hinsichtlich des Wohnkomforts haben sich die Bedingungen im Vergleich zum Jahr 2004 für diejenigen Haushalte, die von den Sozialprogrammen profitieren, ebenfalls verbessert. 2006 hatten 71,3 Prozent Zugang zum Wassernetz, 46,3 Prozent nutzten Abwasserentsorgung (inkl. Abwassernetz oder Klärgruben), 70,8 Prozent beanspruchten die Müllabfuhr, 94,7 hatten Strom und 50,9 Prozent Telefon. Die nachfolgende Tabelle zeigt Verbesserungen beim Besitz von Gütern.

Besitz von Gütern in Haushalten mit und ohne Transfereinkommen 2004/2006

	Haushalte ohne Transfereinkommen	Haushalte mit Transfereinkommen aus Sozialprogrammen	
	2006	2004	2006
Kühlschrank	92,0 %	72,1 %	76,6 %
Waschmaschine	43,6 %	7,6 %	10,2 %
Radio	89,3 %	81,7 %	81,6 %
Fernsehen	94,2 %	82,5 %	87,5 %
Computer	26,4 %	1,4 %	3,1 %



Das Sozialprogramm belebt die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs: Supermärkte profitieren. Foto: Jörg Böhling/agenda

In weiteren Sozialprogrammen zur Armutsbekämpfung und zum Schutz sozial schwacher Bürgerinnen und Bürger versucht die Regierung, familiäre Strukturen zu stärken und leistet Beihilfe für ältere und behinderte Menschen sowie für gefährdete Jugendliche und Kinder bis zum Alter von sechs Jahren. 36,3 Millionen Schulkinder

bekommen jeden Tag eine warme Mahlzeit. An etwa fünf Millionen Familien werden Lebensmittel verteilt, die von kleinbäuerlichen Familienbetrieben erworben wurden; für letztere wird auch der Zugang zu günstigen Krediten erleichtert. Ein Alphabetisierungsprogramm soll die Rate der Analphabeten senken.

Wie Untersuchungen von Wahlforschern belegen, hat die Mehrzahl der Empfänger der Zuschüsse eine präzise Vorstellung davon, wem sie die Verbesserung ihrer prekären Lage zu verdanken hat: nicht der Gemeinde oder dem Bundesland (über die die Mittel zum Großteil kanalisiert werden), und auch nicht „der Regierung“, sondern dem Präsidenten Lula. Sein Wahlerfolg 2006 ging auch darauf zurück. Doch sind die Sozialprogramme allein nicht geeignet, die betroffene Bevölkerung nachhaltig zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu befähigen. Dazu bedarf es einer integrativen Politik und vor allem einer deutlichen Verbesserung des Schul- und Ausbildungssystems.

Quelle: aus Pressedaten

Kontrollen gegen Kinder- und Sklavenarbeit

Die Regierung Lula ist aktiv bemüht, gegen Kinderarbeit sowie prekäre und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen vorzugehen. Die staatliche Arbeitsinspektion kontrolliert die in städtischen Gebieten angesiedelten Unternehmen ebenso wie Fazendas (Landgüter) auf dem Land.

2007 wurden mehr als 350.000 Unternehmen mit 32 Millionen Beschäftigten kontrolliert. 8.000 Kinder unter 16 Jahren wurden dabei aufgefunden. Infolge der Kontrollen wurden mehr als 100.000 Fälle von Gesetzesüberschreitungen behandelt. Beinahe 750.000 Beschäftigte und 52.000 Lehrlinge im Alter von 14 bis 24 Jahren konnten in formelle Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.

Die Zahl der aus sklavenähnlichen Bedingungen befreiten Personen belief sich 2007 nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung auf 5.963. Sie ist das Ergebnis von 114 Operationen der mobilen Arbeitsinspektion des Ministeriums, die 203 Fazendas kontrolliert hat. Die Hälfte der Verstöße gegen die Arbeitsgesetze geschieht bei der Zuckerrohrernte. Etwa ein Drittel der befreiten „Sklavenarbeiter“ wurde im Bundesstaat Maranhão entdeckt. Der Anteil von Zeit- und Wanderarbeitern ist hier sehr hoch.

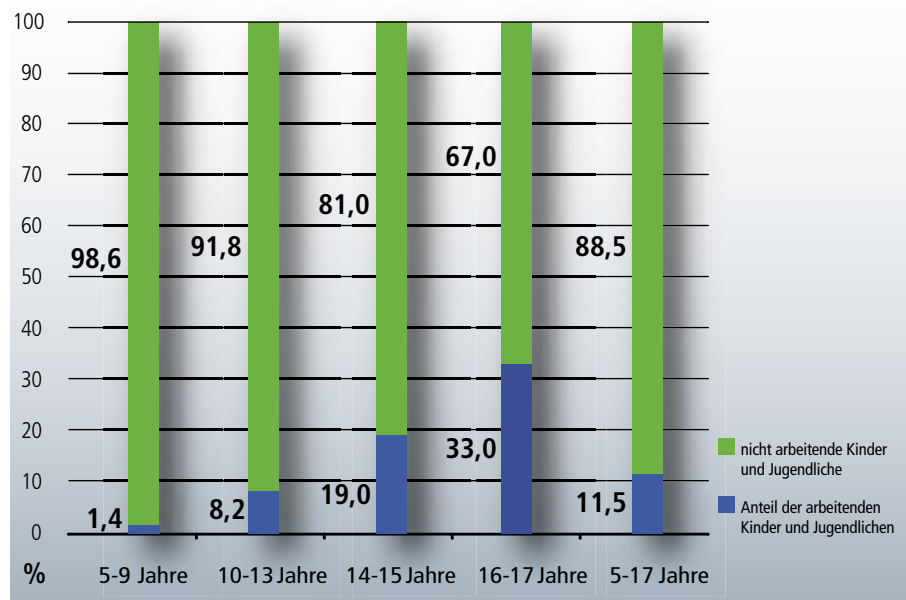
Die Arbeiter erreichen ohne eine exzessive Ausweitung der Arbeitszeit nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn und werden oftmals unter katastrophalen hygienischen Bedingungen angetroffen. Gemeinsame Unterkünfte auf engstem Raum ohne Betten oder Sanitärräume sind keine Seltenheit. Die Arbeiter werden oft kaum vor den in der Landwirtschaft eingesetzten Chemikalien und Schädlingsbekämpfungsmitteln geschützt. Viele leben einfach buchstäblich im Schmutz. In Einzelfällen werden sie durch Verschuldung in wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht und zu unentgeltlicher Arbeit gezwungen.

Seit Bestehen der mobilen Arbeitsinspektion wurden insgesamt fast 28.000 Arbeiter befreit. Die Regierung setzt Unternehmen und Fazendas, deren Verstöße in diesen Bereichen nachgewiesen wurden, auf eine schwarze Liste. Erst wenn es nach zwei Jahren zu keinen weiteren Verstößen gekommen ist, werden sie wieder gestrichen.



Lernen statt Schuften: Das Regierungsprogramm zur Abschaffung der Kinderarbeit soll Kinder in Schulen halten. Foto: Jörg Böhling/agenda

Grafik 10: Anteil arbeitender Kinder und Jugendlichen in verschiedenen Altersklassen 2006



Quelle: IBGE/PNAD

Nach dem Verständnis des brasilianischen Arbeitsministeriums haben Unternehmen auch die Verantwortung für Arbeitsbedingungen in der Zuliefererkette. Aus diesem Grund stehen vier Firmen der Stahlindustrie auf der schwarzen Liste, weil sklavennähnliche Arbeitsbedingungen in der zuliefernden Kohleindustrie nachgewiesen wurden. Ein Teil der Stahlunternehmen hat deshalb gemeinsam mit dem Arbeitsministerium ein Projekt zur Reintegration ehemaliger Sklavenarbeiter aufgelegt, in dem insgesamt 104 neue Stellen für Geringqualifizierte geschaffen wurden und 46 befreite Arbeiter 2006 eine neue Anstellung fanden.

Auch Kinderarbeit ist noch immer Teil des brasilianischen Alltags. Obwohl laut brasilianischer Gesetzgebung das Arbeiten erst ab 14 Jahren zu Ausbildungszwecken erlaubt ist, arbeiteten in Brasilien nach einer Erhebung des IBGE 2006 etwa 1,4 Millionen Kinder im Alter von fünf bis 13 Jahren. 62,6 Prozent dieser Kinder arbeiten in der Landwirtschaft, fast alle unbezahlt. Erweitert man die Altersgruppe bis hin zu den 17-Jährigen, so arbeiten 11,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen und der Anteil bezahlter Hausarbeit an den Tätigkeiten nimmt deutlich zu. 61,1 Prozent der Jungen und 68,2 Prozent der Mädchen mit bezahlter Arbeit gaben an, das Geld nicht an ihre Eltern weiterzureichen (Grafik 10, Seite 23).

2006 hatten die Kinderarbeiter zwischen fünf und 17 Jahren eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 26 Stunden mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von geschätzten 210 Reais. Auch bei den Kindereinkommen kommen regionale Differenzen zum Tragen: Im Südosten bzw. Süden war das Einkommen mit 242 bzw. 268 Reais fast doppelt so hoch wie im Nordosten mit 126 Reais. In allen Regionen haben die Mädchen weniger verdient als die Jungen.

Fast ein Viertel der Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren geht nicht zur Schule, um stattdessen zu arbeiten oder bei der Hausarbeit zu helfen. Die brasilianische Regierung hat deshalb das Programm zur Abschaffung der Kinderarbeit PETI (**Programa de Erradicação do Trabalho Infantil**) aufgelegt, das bereits 1996 entwickelt wurde und eine Kombination von Transferzahlungen und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren darstellt.

Ursprünglich nur zur Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit konzipiert und auf drei Bundesstaaten mit einem hohen Anteil an Kinderarbeit beschränkt, wurde das Programm später ausgeweitet. Das Programm zur Bekämpfung der Ausbeutung von Kindern besteht aus sieben Betätigungsfeldern, die von finanziellen Zuwendungen über Arbeitsinspektionen bis hin zu Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit reichen.

Rechts:
Kinderarbeit ist Teil des Alltags: Schuhputzer in São Paulo Foto: Jörg Böhling/agenda



Unten:
Ein Viertel der Jugendlichen geht nicht zur Schule. Foto: Jörg Böhling/agenda



Rentenreform und Arbeitsgesetzgebung

Anfang 2007 wurde das **Fórum Nacional da Previdência Social** (FNPS) als Beratungsgremium eingerichtet, das Vorschläge für eine Rentenreform macht. Die Regierung ist darum bemüht, die Rentenreform auf eine möglichst breite soziale Basis zu stellen und Konflikte in den eigenen Reihen – wie sie bereits bei der Verabschiedung des ersten Reformpakets 2003 aufbrachen – zu vermeiden. Damals gründeten Gegner des Reformgesetzes innerhalb der PT die PSOL (**Partido Socialismo e Liberdade**, Partei Sozialismus und Freiheit), die sich weiter links positionierte.

Die jetzt anstehenden Entscheidungen jedoch sind gleichermaßen schwerwiegend wie unpopulär. 64,7 Prozent der Rentner erhalten zurzeit Leistungen in Höhe des Mindestlohns. Um das beständig wachsende Defizit der Rentenversicherungsanstalt INSS – das 2007 rund 46 Milliarden Reais (1,9 Prozent des BIP) betragen hat – in den Griff zu bekommen und so das öffentliche, beitragsfinanzierte Rentensystem Brasiliens zukunftssicher zu machen, stehen nur wenige Instrumente zur Verfügung: die Anhebung der bereits hohen Beiträge (elf Prozent Arbeitnehmer plus 22 Prozent Arbeitgeber), die Absenkung der ohnehin bescheidenen Renten, die Erhöhung der formellen Beschäftigung sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer). Die Linke innerhalb und außerhalb des Regierungslagers lehnt es ab, über diese Punkte überhaupt zu diskutieren. Damit verweigert sie sich der Einsicht in die Tatsache, dass das Festhalten am status quo zum Zusammenbruch des öffentlichen Rentensystems führen und so genau das erzwingen wird, was sie ablehnt: die Privatisierung der Rentenversicherung. Inwieweit sich die Gewerkschaften einem gemeinsamen Ergebnis werden anschließen können, wird die Praxis noch zeigen.

Für eine angemessene Beschäftigung von Behinderten setzen sich die Gewerkschaften seit einigen Jahren ein. Das Gesetz Nr. 8.213/1991 legt eine Quote in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten fest. Bei bis zu 200 Arbeitnehmenden beträgt sie zwei Prozent, danach drei Prozent. Bei mehr als 500 Angestellten müssen vier Prozent Behinderte beschäftigt werden und ab tausend Mitarbeitern fünf Prozent. Das gilt auch im öffentlichen Dienst. Die Firmen müssen dies



Tausende demonstrierten im Jahr 2003 in der Hauptstadt Brasilia gegen die geplante Rentenreform, die öffentlich Bediensteten Einschnitte bringen sollte. Foto: Cristiano Mariz/picture alliance/dpa

gegenüber den Arbeitsministerien nachweisen; bei Nichteinhaltung droht eine Strafe bis zu 125.487,95 Reais. Nach Angaben des IBGE gibt es in Brasilien 24 Millionen Menschen mit Behinderung. Erst seit 1999 aber wird die Umsetzung dieses Gesetzes ernsthaft angemaht. Durch Kontrollen des Arbeitsministeriums wurden seit 2005 61.900 Behinderte in den Arbeitsmarkt integriert. Die interamerikanische Konvention gegen jede Form der Diskriminierung von Behinderung – bekannt als Konvention von Guatemala – sowie die ILO-Konvention Nr. 159/83 über die berufliche Rehabilitation und die Beschäftigung der Behinderten wurden von Brasilien ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Konvention der Rechte von Behinderten von 2006 (darunter Recht auf Gesundheit, inklusive Bildung und Transport) steht noch aus.

Von der geplanten Flexibilisierung der Arbeitsgesetze versprechen sich vor allem die Arbeitgeber starke Veränderungen, z. B. was das 13. Monatsgehalt sowie den Urlaub betrifft. Sie kritisieren die Fixierung der Rechte bis ins kleinste Detail, weil das kaum Handlungsmöglichkeiten biete. Außerdem vermisse sie Möglichkeiten für Verhandlungen unter besonderen Bedingungen, z. B. bei neuen Beschäftigungsformen oder Märkten, die aus ihrer Sicht andere Arbeitszeiten und Bezahlung erfordern. Ohne Zweifel möchten die Arbeitgeber einfachere und günstigere Kündigungsmöglichkeiten erhalten. Die Gewerkschaften möchten hingegen zuerst ihre eigene Rolle klar definiert sehen; für sie hat die Reform der Gewerkschaftsgesetze Vorrang. Erst dann sind sie bereit, eine Reform der Arbeitsgesetze mit zu tragen – wenn sie nicht dazu führt, die Rechte von Arbeitnehmenden einzuschränken.

Nach Schätzungen des Arbeitsministeriums gibt es etwa 18.000 Gewerkschaften in Brasilien, und es werden beinahe täglich neue gegründet. Die meisten existieren nur an einem Ort oder in einer Region, oft für einen einzigen Beruf. Die brasilianische Verfassung hat 1988 die Gründung solcher Gewerkschaften auf regionaler Basis vorgesehen. Etwa 8.000 von ihnen sind Arbeitgeberorganisationen, denn für die

gilt dieser Begriff auch. Das geht auf ein korporatistisches Verständnis der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus den vierziger Jahren zurück, wie es unter anderem von Mussolini geprägt wurde. Viele sind nur Scheingewerkschaften, die lediglich an die staatlichen Zuweisungen für registrierte Gewerkschaften heran wollen. Allein das macht eine Gewerkschaftsreform notwendig.

Metallarbeiter stimmen für Streik.
Foto: Gerhard Dilger



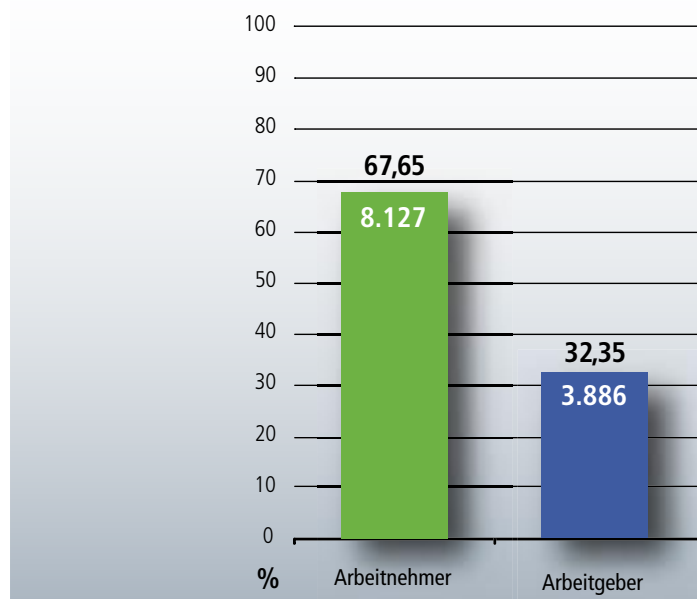
Zur Lage der Gewerkschaften



Sechs Millionen Arbeitende sind nach Angaben des *Cadastro Nacional de Entidades Sindicais* (Nationales Gewerkschaftsverzeichnis) in Gewerkschaften organisiert, das sind 16 Prozent der Beschäftigten. Ende 2008 waren beim Arbeitsministerium 8.127 Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisationen registriert. Etwa die Hälfte von ihnen gehört nationalen Dachverbänden an. Diese sind selbst erst durch ein Gesetz im März 2008 legalisiert worden. Im August 2008 wurden dann sechs nationale Dachverbände staatlich anerkannt. Dadurch steht ihnen jetzt ein Anteil der Zuweisungen zu, die durch die Gewerkschaftssteuer eingenommen werden (Grafik 11).

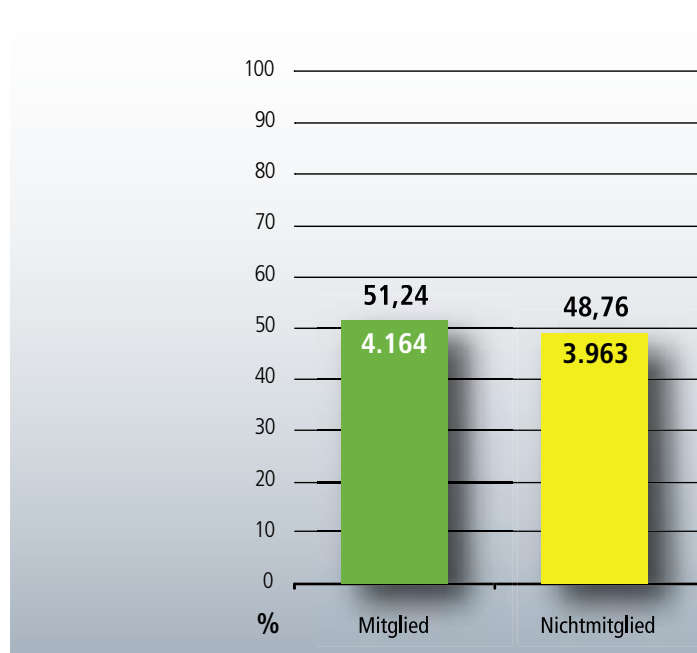
Die Finanzierung der Gewerkschaften durch eine Steuer ist eines der Grundprobleme des Gewerkschaftsrechts, dem die Regierung Lula durch eine Reform beikommen möchte. Bisher wird jedem Arbeitnehmer mit einem ordentlichen Arbeitsvertrag ein Pflichtbeitrag für Gewerkschaften in Höhe eines Tageslohns einfach vom Gehalt einbehalten und an das Arbeitsministerium überwiesen. Das verteilt von dieser Summe 60 Prozent an die registrierten Einzelgewerkschaften und 20 Prozent an die Föderationen; der Rest bleibt derzeit beim Ministerium. Nach Angaben der Bundessparkasse betrugen die Einnahmen aus der Gewerkschaftssteuer 917,3 Millionen Reais (etwa 333,5 Millionen Euro) im Jahr 2005 (Grafik 12).

Grafik 11: Offiziell angemeldete Arbeitnehmer-/Arbeitgeber-Gewerkschaften (Stand: 22. 11. 2008)



Quelle: Integriertes System der Arbeitsbeziehungen (SIRT)

Grafik 12: Mitgliedschaft registrierter Gewerkschaften in Dachverbänden



Quelle: Integriertes System der Arbeitsbeziehungen (SIRT)

Gewerkschaftsarbeit auf regionaler Basis

Nach der Verfassung ist die Gewerkschaft die einzige Vertretungsstruktur für eine Berufsgruppe oder Industrie in einem territorialen Gebiet, einer **Município**. Das ist ein geographisches Gebiet mit eigener Verwaltung, z.B. die Stadt São Paulo oder eine Region. Dort darf es dann beispielsweise für alle Metallarbeiter nur eine Gewerkschaft geben, die beim Arbeitsministerium registriert wird. Das gilt auch für die regionale und nationale Ebene der Gewerkschaftsarbeit; dort heißt es dann „Föderationen“ (z.B. im Bundesstaat São Paulo) und „Konföderationen“ (auf Bundesebene). Für Gewerkschaftsdachverbände gilt es bisher nicht; sie konnten nicht als juristische Person registriert werden. Ob die offizielle Anerkennung der Dachverbände die Rolle der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen verändert, ist noch unklar. Normalerweise werden die Tarifverhandlungen von den Landesföderationen mit den Arbeitgebern geführt. Verhandlungstermine sind meistens im Monat September.

Die beim Arbeitsministerium registrierte und anerkannte lokale oder regionale Gewerkschaft darf als einzige die Interessen zum Beispiel aller Metallarbeiter in diesem Gebiet wahrnehmen und bekommt ihren Anteil an den Abgaben für Gewerkschaftsarbeit. Ein Zugangsrecht zu den Betrieben aber hat sie nicht. Vorstandswahlen für diese Gewerkschaften können trotzdem entweder auf Betriebsebene stattfinden oder in Vollversammlungen außerhalb. Dabei werden Listen aufgestellt und nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt. Bei solchen Versammlungen wird auch entschieden, ob die Gewerkschaft in der jeweiligen Landesföderation oder Bundeskonföderation mitarbeiten will. Viele kleine regionale Gewerkschaften entscheiden sich dagegen.

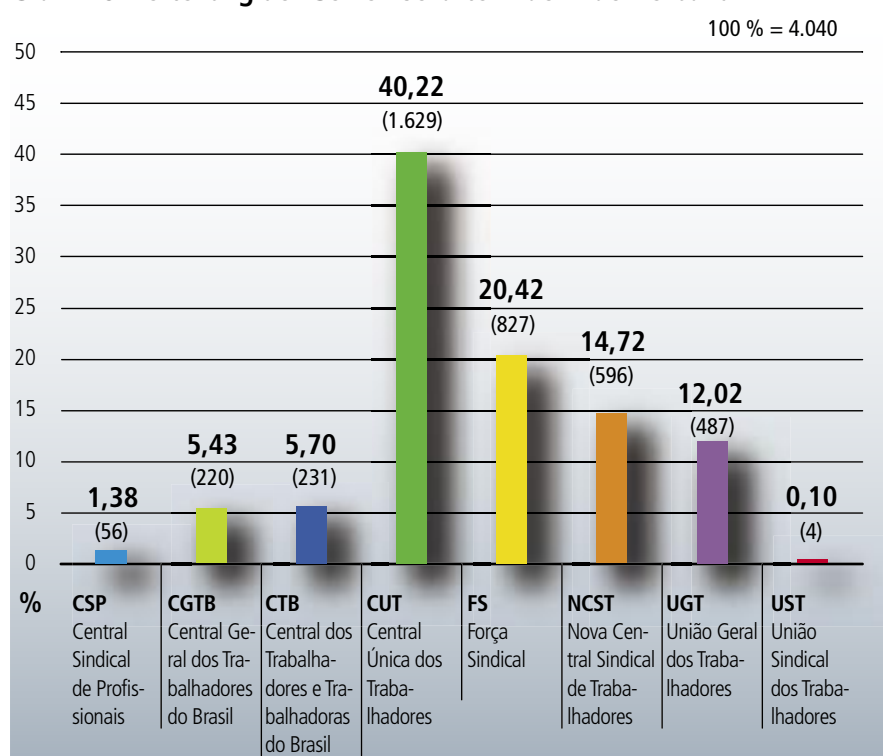
Die Metallarbeiter haben die erste Bundeskonföderation für ihre Industrie im Jahr 1988 gegründet; drei Jahre später trat die CNTM (Confederação Nacional dos Trabalhadores Metalúrgicos, Nationaler Dachverband der Metallarbeiter) dem neuen Dachverband **Força Sindical** (FS) bei. Da es auch unter Arbeitnehmern unterschiedliche politische Richtungen und Kulturen gibt, wurde nur ein Jahr darauf eine zweite Bundeskonföderation der Metallarbeiter gegründet,

Quelle: Arbeitsministerium (MTE)



Arbeiter vom Volkswagenwerk in São Bernardo do Campo streikten 2006 gegen die Entlassung von tausend Kollegen. Foto: Mauricio Cheli/picture alliance/dpa

Grafik 13: Verteilung der Gewerkschaften nach Dachverband



die CNM (**Confederação Nacional dos Metalúrgicos**, Nationaler Dachverband der Metalller). Sie schloss sich dem 1983 gegründeten Dachverband CUT (**Central Única dos Trabalhadores**) an, der der Regierungspartei PT nahe steht; aus dieser Gewerkschaftstradition kommt auch der Präsident. Die Metalller haben also auf Landes- und Bundesebene zwei Richtungsgewerkschaften durchgesetzt, die etwa gleich stark sind und sich auch gegenseitig anerkannt haben. Auf den wesentlichen gewerkschaftspolitischen Feldern wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und Rechte in den Betrieben arbeiten sie zusammen. Bei lokalen Gewerkschaftswahlen jedoch treten sie gegeneinander an. Wenn sie sich vor Ort durchsetzen, können sie die jeweiligen Vorstände und Vollversammlungen auch zum Wechsel in den anderen Verband bewegen. Ein Problem dabei ist die Vermischung von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Interessen.

In der ABC-Region von São Paulo (Santo André, São Bernardo und São Caetano) hat es solche Wechsel gegeben. Dort sind in den letzten fünf Jahren 22.000 neue Arbeitsplätze im Metallbereich entstanden. Die Region wuchs und zog neue Investitionen an. Der Metallsektor im ABC-Dreieck konnte so 37 Prozent der in den neunziger Jahren verlorenen Arbeitsplätze zurückgewinnen. Das ging jedoch mit der Schwächung der einst stärksten Metallgewerkschaft des Landes CNM einher, deren Vorsitzender Lula damals war. Die CUT von São Bernardo, wo die Arbeiterpartei PT gegründet wurde, verlor bereits die Arbeitnehmerbasis von Santo André an den Dachverband Força Sindical, der jetzt auch die Arbeitnehmerbasis von São Caetano do Sul hat. Heute hat die FEM/CUT-SP (Landesföderation der Metalller in São Paulo) 13 Gewerkschaften, die 280.000 Mitglieder im Bundesstaat São Paulo vertreten.

Als Valter Sanches, seit 2007 Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft CNM im Dachverband CUT und erster Arbeitnehmervertreter aus dem Süden im Aufsichtsrat der Daimler AG, dem Globalisierungsforum der IG Metall in Berlin 2008 von der Arbeit der Kollegen in Brasilien berichtete, brachte er es auf den Punkt: „Unser Gewerkschaftssystem ist kompliziert, wir verstehen es selbst nicht“.

Wie die Metallgewerkschaft von Sorocaba arbeitet

Sorocaba ist eine der 50 größten Städte Brasiliens. Die 353 Jahre alte Industrie- und Arbeiterstadt liegt hundert Kilometer vom Zentrum des Bundesstaates São Paulo entfernt und zählt mehr als 578.000 Einwohner auf einer Fläche von 456 Quadratkilometern. Die Verbindungen zu Flughäfen und Häfen, zur Bahn und zum Straßennetz sind gut.

In Sorocaba gibt es 1.700 Industriestandorte, 15.300 Handelszentren, etwa 25.000 Selbständige und 9.900 Dienstleistungsunternehmer. Von den mehr als 35.000 Metallarbeitern in der Region von Sorocaba sind gut die Hälfte in Unternehmen mit ausländischem Kapital beschäftigt. Die 47 ausländischen Unternehmen haben ihre Hauptsitze in 13 verschiedenen Orten. Mit zwölf Unternehmen in der Region sind die Deutschen am meisten engagiert. 7.400 Metalller oder 46 Prozent der Arbeitnehmer in ausländischen Unternehmen arbeiten bei Deutschen. Danach folgt die USA mit neun Firmen und 3.100 Beschäftigten. Das größte deutsche Metallunternehmen ist die Schöffler-Gruppe mit 5.176 Beschäftigten in drei Firmen: INA, LuK und FAG. 2.361 von ihnen sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Metallgewerkschaft der Region Sorocaba wurde 1946 als Berufsvereinigung gegründet und 1954 als einzige Metallgewerkschaft für Sorocaba und die Region anerkannt. Zehn Jahre später setzte die Militärregierung ihre Führung ab. Es dauerte beinahe 20 Jahre, bis 1983 nach mehreren Gerichtsprozessen und Wahlen wieder eine demokratische Leitung im Amt war. Sie machte die Metallgewerkschaft im selben Jahr zum Mitglied des gerade gegründeten Dachverbands CUT. Heute gehört die Gewerkschaft auch zur Metallföderation des Bundesstaates (FEM) und zur Metallkonföderation von Brasilien CNM, die beide ebenfalls Mitglied in der CUT sind.

In den achtziger Jahren arbeiteten etwa 26.000 Metallarbeiter in den 13 Städten, die zum Zuständigkeitsbereich der Gewerkschaft in der Region gehören; in den neunziger Jahren sank ihre Zahl auf 19.000. Seit Lulas Wahlsieg 2003 stieg die Zahl wieder an; 2008 gab es 35.000 Metallarbeiter in den 13 Städten der Region, 86 Prozent von ihnen arbeiten in Sorocaba. Sie verdienen im Durchschnitt 1.416 Reais im Monat, das entspricht etwa 523 Euro.

Die Gewerkschaft hat 15.000 Mitglieder, davon sind 2.000 Rentner. In ihren drei Verwaltungsstellen in Sorocaba, Iperó und Araçatuba bietet sie Informationen für Arbeitnehmer sowie Bildungs- und Qualifizierungskurse an. Dort sitzen auch ihre Juristen und Arbeitsmediziner. Die Gewerkschaft kooperiert mit Schulen, Herbergen und Dienstleistungsunternehmen, um Vorteile für ihre Mitglieder zu erwirken, und unterhält einen Klub auf dem Lande sowie eine Ferienkolonie auf der Insel Ilha Comprida. Es gibt ein Sekretariat für Gesundheit, für Bildung, eine Kommission für Sport und Freizeit, eine Jugendorganisation und eine Pressestelle. Der Vorstand wird alle drei Jahre neu gewählt.

Die Interessenvertretung für Arbeitnehmer geschieht über betriebliche Gewerkschaftskommissionen (CSE). Deren Mitglieder sind Gewerkschaftsvertreter und werden von der Belegschaft gewählt. Aus ihren Reihen rekrutieren sich dann auch die Kandidaten für den Vorstand. 2008 gab es in der Region Sorocaba 93 Mitglieder solcher Komitees in 49 Fabriken und ein Rentnerkomitee mit sieben Mitgliedern.

Anfang der neunziger Jahre hat die Gewerkschaft ihr Verständnis von Interessenvertretung für Arbeitnehmer auf deren Lebensumwelt ausgeweitet und das Modell „Gewerkschaft und Bürger“ zum Leitbild gemacht. In diesem Zusammenhang werden soziale Initiativen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt. So arbeitet die Metallgewerkschaft im Entwicklungsrat und im Beschäftigungsrat von Sorocaba mit, unterstützt Kampagnen und Programme gegen den Hunger und beteiligt sich an einer Kooperative für selektive Abfallbeseitigung und Wiederverwertung in der Region.

Arbeitnehmervertretung in Unternehmen

Als gesetzlich geregelte Interessenvertretung für Beschäftigte gibt es auf Unternehmensebene bis heute nur die Ausschüsse für Arbeitsschutz und Unfallverhütung (CIPA – **Comissão Interna de Prevenção de Acidentes**). Darüber hinaus gibt es in Brasilien keine geregelte Interessenvertretung, die irgendwie mit dem Betriebsverfassungsgesetz in Deutschland vergleichbar wäre. Die brasilianische Verfassung von 1988 sieht im Artikel 11 die Wahl eines Vertreters der Belegschaft lediglich in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten vor. Deren Aufgabe ist die lokale Basisvertretung der Arbeitnehmer und die direkte Verständigung mit dem Arbeitgeber, was bis heute allerdings noch nicht gesetzlich reglementiert wurde. In wenigen Unternehmen wird auf freiwilliger Basis ein sozialer Dialog geführt; das Thema soziale Unternehmensverantwortung hat sich auch bei den Gewerkschaften noch nicht richtig durchgesetzt. Viele Unternehmen „vermarkten“ wiederum ihr karitatives Engagement vor Ort als soziale Unternehmensverantwortung.

Um ihre Rechte in den Betrieben zu vertreten, haben politisch-gewerkschaftlich engagierte brasilianische Arbeitnehmer so genannte Fabrikkommissionen (**Comissão de Fábrica**) geschaffen, deren Mitglieder direkt gewählt werden. Die erste wurde in Osasco 1965 gegründet. Im Gesetz sind sie nicht vorgesehen. Sie haben deshalb kein Recht, Arbeitnehmer bei Tarifverhandlungen zu vertreten, auch wenn ihre Mitglieder daran teilnehmen dürfen und angehört werden. Sie können bessere Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber zwar aushandeln, haben aber bis heute keinen juristischen Status. Formal verhandeln und die Ergebnisse bestätigen kann nur die offiziell eingetragene und vom Arbeitsministerium anerkannte Gewerkschaft. Danach gelten Tarifverträge für alle Arbeitnehmer eines Betriebes. Mit der lokalen bzw. regionalen Gewerkschaft verhandeln die Unternehmen auch über die gesetzlich vorgesehene Gewinnbeteiligung (PRL). Das findet normalerweise von Mai bis Juni statt.

Betriebsversammlungen finden höchstens zweimal im Jahr meistens auf dem Parkplatz des Unternehmens statt. Es ist nicht üblich, dass Arbeitnehmer dort das Wort ergreifen (dürfen). Von Gewerkschaften einberufene Arbeiterversammlungen werden normalerweise außerhalb des Betriebsgeländes und nur ausnahmsweise auch auf dem Parkplatz

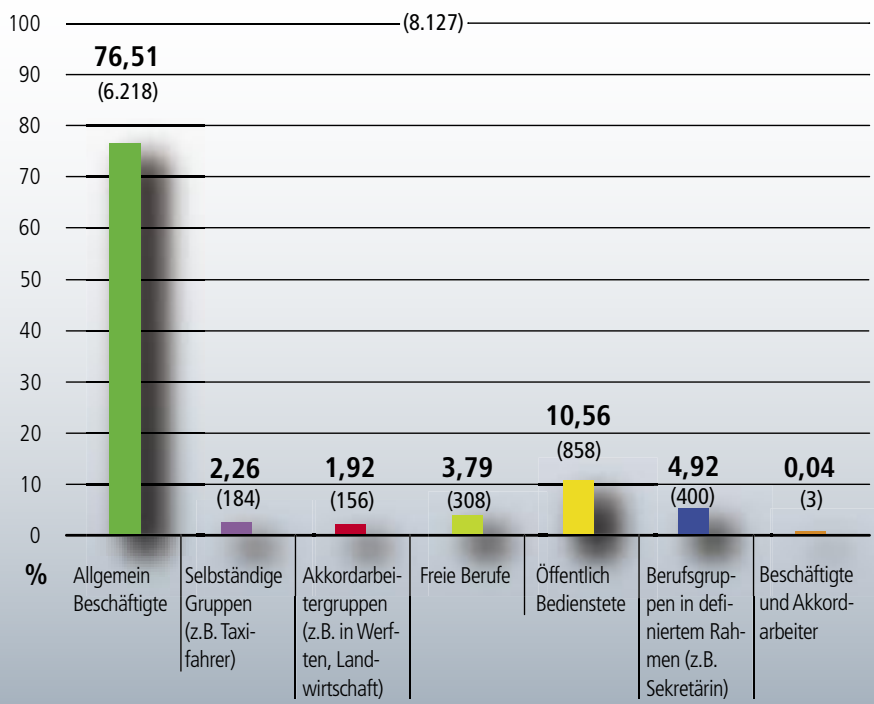


Nicht in jedem Betrieb erwünscht: Gewerkschafter treffen sich in den Räumen einer deutschen Firma. Foto: Jörg Böhling/agenda

abgehalten. Dabei kommt es oft zu Konfrontationen, weil Unternehmen – besonders während Tarifverhandlungen – den Einsatz der Polizei beantragen.

Die neuen „Gewerkschaftskommissionen“ (CSE – **Comissão Sindical de Empresa**) stellen eine Weiterentwicklung bei der Organisation der Arbeitnehmer dar und kommen der deutschen Struktur der Vertrauensleute sehr nah. 1999 entschieden die Metaller in São Paulo, solche Kommissionen durch interne Wahlen als Vertretung der Gewerkschaft am Arbeitsplatz einzuführen. Allein in der Metallindustrie gibt es momentan mehr als hundert Gewerkschaftskommissionen, deren Mitglieder Kündigungsschutz genießen, auch wenn das nicht gesetzlich verankert ist. Ihre Anerkennung wird mit dem Arbeitgeber ausgehandelt,

Grafik 14: Registrierte Arbeitnehmergewerkschaften nach Beschäftigtengruppen (Stand 22. 11. 2008)



Quelle: Arbeitsministerium (MTE)

ihre Durchsetzungsfähigkeit hängt von der Unterstützung der organisierten Arbeitnehmer und der sie tragenden Gewerkschaft ab.

Die Unternehmen nutzen den Mangel an Rechten auf Betriebsebene aus. Für sie haben wirtschaftliche Ziele absolute Priorität. Die Frage der Arbeitnehmervertretung spielt meist nur eine geringe Rolle. Nicht wenige Firmen sind „gewerkschaftsfreie Zonen“ ohne Vertretungsorgane der Belegschaft, ohne Verhandlungen von Tarifverträgen und ohne sozialen Dialog. Akzeptiert werden lediglich die im Gesetz verankerten Gesundheitsausschüsse (CIPA), aber selbst dort gibt es immer wiederkehrende Konflikte, Entlassungen und Gerichtsprozesse. Selbst für diese nur geduldete Interessenvertretung im Betrieb müssen Arbeitnehmer oft lange kämpfen (Grafik 14).

Das aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Regierungsvertretern zusammengesetzte nationale Arbeitsforum (**Fórum Nacional de Trabalho**) hat schon 2003/2004 einen Vorschlag zur Reform des Gewerkschaftsrechts erarbeitet. Er enthält eine Änderung von vier Artikeln der Verfassung und einen Gesetzesvorschlag mit 238 Artikeln. Bei der Revision des Gesetzesentwurfs hat das Präsidialamt das „Günstigkeitsprinzip“ gestrichen, nach dem bei Konflikten zwischen Gesetzen, Normen und Verträgen jeweils das gelten sollte, was für den Arbeitnehmenden am günstigsten ist. Gestrichen wurde auch die „Fortdauer von Kollektivverträgen“, wenn kein neuer Vertrag verhandelt worden ist.

Die wichtigsten Inhalte des Reformvorschlages sind folgende:

- 1) **Ende der gewerkschaftlichen Monopolstellung auf regionaler Basis:** Gewerkschaften sollen sich nach Wirtschaftssector oder Berufssparte frei organisieren können; Monopolvertretungen sind nur möglich bei Organisation von mindestens 20 Prozent der Arbeitnehmer eines Sektors und Zustimmung der gesamten Berufssparte. Es soll unterschiedliche Organisationen für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber geben.
- 2) **Verhandlungssteuer:** Die Gewerkschaftssteuer wird durch eine „Verhandlungssteuer“ für alle Beschäftigten ersetzt. Diese darf erst kassiert werden, wenn die Berufsgruppe ein Verhandlungsergebnis erhält und sich dafür ausspricht. Sie darf nur ein Prozent des Nettojahreslohns betragen. Dadurch werden die Gewerkschaften bis zu 3,5 Milliarden Reais jährlich bekommen. Sie können freiwillig auch Mitgliedsbeiträge von den Organisierten erheben.
- 3) **Gewerkschaftsvertretung am Arbeitsplatz:** Die Arbeitnehmer können Vertretungen ihrer Gewerkschaft, Föderation, Konföderation oder des Dachverbandes im Betrieb aufstellen. Es gibt dafür eine Übergangsregelung. Nach neun Jahren muss jeder Betrieb mit mehr als 30 Beschäftigten einen Vertreter haben. Bei über 1.000 Beschäftigten müssen es sechs Vertreter sein, dann pro tausend Arbeitnehmer je zwei mehr.
- 4) **Anerkennung der Dachverbände:** Die Dachverbände werden offiziell anerkannt und er-

Reform des Gewerkschaftsrechts

langen damit den Status juristischer Personen, müssen aber ihren Vertretungsanspruch beweisen. Dies wurde 2008 per Dekret umgesetzt.

- 5) **Gründung eines Nationalsekretariats für Arbeitsbeziehungen:** Das Sekretariat wird drittelparitätisch besetzt. Es wird den „Solidarischen Fond für gewerkschaftliche Förderung“ (FPS) verwalten, Auseinandersetzungen schlichten und Gesetzesvorschläge erarbeiten.
- 6) **Ende fester Verhandlungstermine („Data-Base“):** Die Reform unterstützt ständige Verhandlungen, unterschiedliche Laufzeiten der Verträge und die Verhandlung von Klauseln zu verschiedenen Zeiten.
- 7) **Streikrecht:** Die Justiz darf Streiks nicht mehr beenden. Notdienste jedoch dürfen nicht bestreikt werden, hier kann die Justiz gegebenenfalls Arbeitnehmer zu Notdiensten verpflichten.
- 8) **Schlichtung:** Die Reform befürwortet die Schlichtung als Lösungsweg für Konflikte.
- 9) **Ende der normativen Kraft der Arbeitsjustiz:** Richter dürfen als Schlichter auftreten, wo die Vertragsparteien es möchten; Gerichte dürfen sich aber nicht mehr einseitig in die Tarifverhandlungen einmischen und keinen Lohnkorrekturindex mehr für Löhne definieren.
- 10) **Gerichtliche Vertretung:** Die Gewerkschaft hat das Recht, Arbeitnehmer vor Gericht zu vertreten.
- 11) **Zwingende Verhandlung:** Die Parteien dürfen sich nicht weigern zu verhandeln. Die Verträge können lokal, regional oder national sein.
- 12) **Registrierung:** Die Reform sieht die Einführung einer nationalen Registrierung von Gewerkschaften, Streiks und Kollektivverträgen vor.
- 13) **Betriebliche Vertretung:** Die Höchstzahl von betrieblichen Gewerkschaftsvertretern mit Kündigungsschutz (Vertrauensleute) beträgt 20 pro Betrieb und 50 pro Gewerkschaft.

Freie Mitgliedschaft und Organisationsautonomie im Sinne der ILO-Konvention Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes von 1948 ist nach diesem Gesetzentwurf nicht vorgesehen; der Staat kann weiterhin starken Einfluss auf die Organisation der Gewerkschaften ausüben. Er schreibt ihnen eine bestimmte Form von Satzung und Nachweis des Vertretungsanspruchs vor und verlangt Rechenschaft.



Betriebsversammlungen müssen oft vor den Werkstoren auf dem Parkplatz abgehalten werden.

Foto: Susanne Straube

2007 und 2008 ist es für die Gewerkschaften sowohl zu rechtlichen als auch strukturellen Anpassungen gekommen. Zum einen hat das Parlament den Gesetzesentwurf beschlossen, der die Anerkennung der Gewerkschaftsdachverbände als Arbeitnehmervertretung vorsah. Dadurch können sie deren Interessen zum Beispiel in öffentlichen Gremien vertreten. Damit ist eine bereits gängige Praxis legitimiert. Geregelt werden zudem die Zuständigkeiten und Beteiligungsrechte der Gewerkschaften in öffentlichen Gremien.

Weiterreichende Konsequenzen hat die mit dem Gesetzentwurf verbundene Neuordnung und Neuverteilung der Gewerkschaftsbeiträge. Mit der Anerkennung der Gewerkschaftsdachverbände stellt der Gesetzentwurf Kriterien zur Verteilung

der Pflichtbeiträge auf. Dazu gehört die Anzahl der Mitgliedsorganisationen: ein Dachverband muss mindestens hundert Mitgliedsgewerkschaften in fünf Hauptregionen und fünf Sektoren nachweisen und eine Mitgliedschaft von mindestens fünf Prozent sämtlicher organisierten Arbeitnehmer nachweisen, um anerkannt zu werden. Die Gesetzesvorlage sieht dann die Weiterleitung von zehn Prozent der Pflichtbeiträge an die Gewerkschaftsdachverbände vor.

Die anerkannten Dachverbände sind:

- **Central Única dos Trabalhadores (CUT)** mit 1.613 Mitgliedsorganisationen und 7,7 Millionen Mitgliedern; sie erhält 2008 19,8 Millionen Reais
- **Força Sindical (FS)** mit 711 Mitgliedsorganisationen; ihr stehen 15,1 Millionen Reais zu;
- **Nova Central Sindical de Trabalhadores (NCST)** mit 533 Mitgliedsorganisationen und 6,6 Millionen Reais
- **União Geral do Trabalhadores (UGT)** mit 284 Mitgliedsorganisationen und 8,8 Millionen Reais
- **Central dos Trabalhadores do Brasil (CTB)** mit 2,9 Millionen Reais und
- **Central Geral dos Trabalhadores do Brasil (CGTB)** mit 2,4 Millionen Reais

Die neuen Regelungen übten Druck auf die Gewerkschaften aus, der zu verschiedenen Fusionen und Abspaltungen bei den Dachverbänden führte. So gründete sich unter anderem der neue Dachverband **União Geral dos Trabalhadores (UGT)** aus den vorherigen Bündeln **Confederação Geral dos Trabalhadores (CGT)**, **Social Democracia Sindical (SDS)** und **Central Autónoma dos Trabalhadores (CAT)** sowie einer Abspaltung der **Força Sindical (FS)**.

Einige Dachverbände haben sich über Anerkennungsentscheidungen des Arbeitsministeriums (MTE) zugunsten von Gewerkschaften beschwert, die Lula politische Unterstützung versprechen. Gestützt auf die Verfassung, die nur eine Gewerkschaft pro Region vorsieht, müssen Gewerkschaften an die Justiz appellieren, wenn sie verhindern wollen, dass das Arbeitsministerium konkurrierende Gewerkschaften in ihrer Region zulässt. Allein zwischen 2003 und 2005 hat das MTE 762 neue Gewerkschaften anerkannt; 24 weitere wurden durch die Justiz zugelassen (Grafik 15).

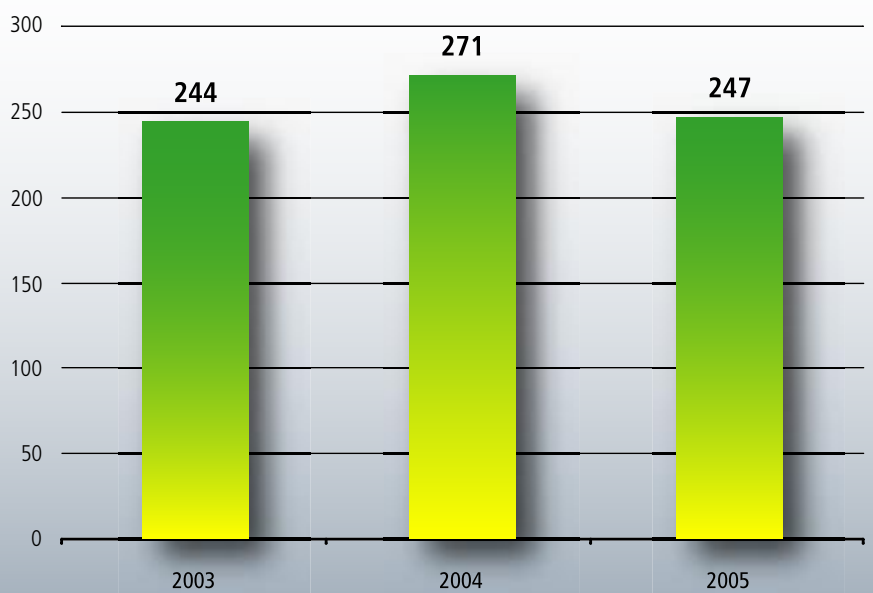
Selbst innerhalb der regierungsnahen CUT und der sozialdemokratischen FS bleibt die Reform umstritten, auch wenn diese beiden Verbände sie generell unterstützen. Andere Gewerkschaften und Dachverbände haben das **Forum Sindical de Trabalhadores** ins Leben gerufen, um gegen die Gewerkschaftsreform zu mobilisieren. Sie wollen das regionale Monopolgewerkschaftsprinzip nicht aufgeben, das bisher unter „gewerkschaftlicher Einheit“ verstanden wird, und sowohl die Berufsgewerkschaften als auch die Befugnisse der Gerichte erhalten. Die Streichung des „Günstigkeitsprinzips“ und der „Fortdauer von Kollektivverträgen“ im Gesetzentwurf entspricht Forderungen der Arbeitgeber nach Flexibilisierung.

Zu lautstarker Kritik von Seiten der Gewerkschaften hat der Teil des Gesetzes geführt, der die Kontrolle der Mittelverwendung bei den Gewerkschaften durch den Bundesrechnungshof vorsieht. Dieser Punkt ist zwiespältig: Da der Gewerkschaftsbeitrag als Pflichtabgabe auch von Nichtmitgliedern eingezogen wird, erscheint die öffentliche Kontrolle dieser quasi öffentlich erhobenen Abgabe gerechtfertigt. Zudem haben sich offenbar zahlreiche selbsternannte Gewerkschaften ohne tatsächliche Vertretungsvollmacht mit den Zuweisungen aus den Zwangsbeiträgen gut eingerichtet. Andererseits steht eine staatliche Kontrolle der Ausgaben bei den Gewerkschaften diametral dem Prinzip freier Gewerkschaften entgegen, deren Funktion es ist, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (eben auch den finanziellen) zum wirtschaftlichen Kräfteausgleich beizutragen.

Gegen das Kontrollrecht durch den Bundesrechnungshof hat Präsident Lula im April 2008 Veto eingelegt. Die Opposition hat dagegen wiederum eine Beschwerde beim Obersten Gerichtshof eingebracht. Damit ist die Debatte um einen schon 2005 vorgelegten Reformvorschlag wieder eröffnet: Die Einstellung des Pflichtbeitrags zu Gunsten einer direkten Erhebung durch die Gewerkschaften.

Die CUT, die 2008 ihr 25-jähriges Bestehen feierte, hat sich für diese Lösung schon länger eingesetzt. Zusammen mit fünf anderen Gewerkschaftsdachverbänden und dem Arbeitsminister hat sie im August einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der das Ende der gewerkschaftlichen Pflichtbeiträge vorsieht. Stattdessen wollen diese Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge selbst erheben. Eine lokale Metallgewerkschaft hat bereits beschlossen, die Pflichtbeiträge an ihre Mitglieder zurückzuzahlen. Diese Position ist allerdings unter den Gewerkschaften umstritten, denn nicht wenige existieren gerade durch die Steuerfinanzierung und würden sie lieber noch auf den öffentlichen Dienst ausdehnen, wo sie bisher nicht gilt.

Grafik 15: Neu gegründete Gewerkschaften in Brasilien



Quelle: Angaben des brasilianischen Arbeitsministeriums 2006

Angesichts dieser heiklen politischen Agenda ist es für die Gewerkschaften schwierig, die Zersplitterung in den eigenen Reihen zu überwinden und ihre Interessen kohärent zu vertreten. Zu einzelnen Fragen jedoch gelingen solidarische Aktionen: Die sechs anerkannten Gewerkschaftsdachverbände haben 2007 eine gemeinsame Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit von bisher 44 auf 40 Stunden begonnen – ohne Lohnverlust. Während Metallarbeiter in der Praxis zwischen 42 und 47 Stunden wöchentlich arbeiten, kommen 65 Prozent aller Arbeitenden auf mehr als die in der Verfassung festgelegten 44 Stunden.

Gleichzeitig kämpfen die Dachverbände gemeinsam für die Ratifizierung einiger Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), nämlich die gegen unbegründete Kündigungen (Nr. 158) und für Rechtsgarantien für Kollektivverhandlungen freier Gewerkschaftsorganisation – auch im öffentlichen Dienst (Nr. 151). Hintergrund dafür ist zum Beispiel der Trend in der Metallindustrie 2007, wo nach Angaben der Metallgewerkschaft CNM zwölf Millionen Entlassungen ebenso viele Neuanstellungen gegenüberstanden; das führte zu einer Fluktuation von 30 Prozent allein in diesem Sektor.

Die Konföderation der Metallgewerkschaften (CNM) ist sogar schon dabei, alle unterschiedlichen Verhandlungstermine mit den Arbeitgebern auf den Monat September zu legen und damit den Weg für einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag frei zumachen. Sie sucht auch Mitkämpfer für einen Tarifvertrag über berufliche Qualifizierung. Die Metallgewerkschafter der FEM/CUT aus São Paulo haben von der Arbeitgebervereinigung der Automobilbauer einen Fond für Weiterbildung gefordert und werden dabei von Kollegen aus anderen Dachverbänden unterstützt.

Die wichtigsten Forderungen der Metallgewerkschafter in der CUT sind die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche ohne Lohnverlust, eine Begrenzung der Überstunden, ein nationaler Grundlohn und Realloohnerhöhungen.

Wo aber fast die Hälfte der Arbeitenden ohne Sicherheit und festen Lohn und in der Landwirtschaft sogar unter sklavenähnlichen Bedingungen tätig sein muss, konzentriert sich das Hauptinteresse aller Gewerkschaften auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO:



Bei DaimlerChrysler in Brasilien wurden 2006 Fahrgestelle für Omnibusse geschweißt.

Foto: Ralf Hirschberger/picture alliance/dpa

- Die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation und Tarifverhandlungen
- Das Verbot rassistischer und sexistischer Diskriminierung
- Das Verbot der Kinderarbeit
- Das Verbot sklavenähnlicher Arbeitsbedingungen



Eine Arbeiterin montiert für die Firma Kathrein Antennen für den Mobilfunk.

Foto: Ralf Hirschberger/picture alliance/dpa

- Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Gegen die Prekarisierung der Arbeitverhältnisse durch die Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf Nichtregierungsorganisationen hat die CUT eine eigene Kampagne beschlossen.

Gewerkschaftsrechte in der Praxis und Rechtsverletzungen 2007

Brasilien steht weiterhin vor großen Problemen im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Die großstädtischen Regionen – und besonders die Favelas (Armenviertel) – versinken in der Gewalt von Verbrecherbanden, von Polizisten, die ihre Macht missbrauchen und – im Fall von Rio de Janeiro – von Milizen, die anscheinend mit der Polizei in Verbindung stehen. Jedes Jahr werden etwa 50.000 Menschen ermordet, viele von ihnen im Rahmen außergerichtlicher Hinrichtungen.

In der Praxis werden einige der gesetzlichen Beschränkungen ignoriert, und die Arbeitgeber begehen eklatante Gewerkschaftsrechtsverletzungen. Um Streiks zu beenden, bedienen sich die Arbeitgeber der Arbeitsgerichte oder eines juristischen Instruments namens „Interdito Proibitório“, das die Anwesenheit von Gewerkschaftsmitgliedern am Eingang oder in der Nähe eines Unternehmens verbietet. Sowohl die Anzahl der dreigliedrigen Gespräche zur Lösung von Arbeitskonflikten als auch die Beteiligung von Gewerkschaftsorganisationen an staatlichen Einrichtungen in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten hat sich erhöht.

Die Behörden haben sich als unfähig erwiesen, den Gesetzen Geltung zu verschaffen, die eine gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung untersagen. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden häufig unter direkter Verletzung ihrer besonderen Rechte, die sie als Gewerkschafter genießen, entlassen. Die Gerichte arbeiten sehr langsam und sind nicht in der Lage, die zwei Millionen und mehr Klagen, die jedes Jahr eingehen, zu bewältigen. Gewerkschaftsfunktionäre schätzen, dass es in 50 Prozent dieser Fälle fünf bis zehn Jahre dauern wird, bis sie entschieden werden.

Aus: Internationaler Gewerkschaftsbund, Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten, Brüssel 2008

Arbeit mit Netzen: Fischer aus Vitoria im Bundesstaat Espirito Santo Foto: Leonardo Papini/
picture alliance/dpa



Gewerkschaftliche Netzwerke



Auf der Grundlage der Richtlinie des Rates der Europäischen Union über europäische Betriebsräte von 1994 haben sich in den vergangenen Jahren auch Strukturen transnationaler Arbeitsbeziehungen in Europa gebildet. In und mit anderen Regionen der Welt ist der Aufbau solcher Netzwerke jedoch wesentlich schwieriger. Weltbetriebsräte (wie z. B. bei VW, Daimler und SKF) oder andere formalisierte Interessenvertretungsstrukturen auf globaler Ebene konnten sich bisher kaum durchsetzen. Dafür haben die gewerkschaftlichen Netzwerke als Instrument globaler Gewerkschaftspolitik wieder an Bedeutung gewonnen. Oft ist die Etablierung allerdings schon auf europäischer Ebene schwierig oder wird nicht aktiv betrieben. Die Ausdehnung europäischer Netzwerke auf die globale Ebene, ausgehend von den Eurobetriebsräten (EBR), ist zeit- und kostenintensiv und erfordert ständige Kommunikation sowie Sprachkenntnisse.

Gewerkschaftliche Netzwerke auf Unternehmensebene sind die internationalen Beziehungen betrieblicher Kollegen eines Konzerns oder hauptamtlicher Kollegen, deren Gewerkschaften in den Standorten des Konzerns vertreten sind. Sie sind zum großen Teil in der Metall- und Chemieindus-

trie angesiedelt und bestehen in der Regel aus betrieblichen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertretern verschiedener Standorte. Wesentliche Ziele sind der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitnehmenden, die solidarische Kooperation untereinander und die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit sowie die Absprache gemeinsamer Aktionen. Die Gewerkschaften an den Auslandsstandorten wollen oft über das Netzwerk einen direkteren Zugang zur weit entfernten Konzernleitung finden. Manche Netzwerke binden schrittweise das Management in ihre Arbeit ein.

Aufgrund des fragmentierten brasilianischen Gewerkschaftssystems und der schwachen betrieblichen Verankerung von Arbeitnehmervertretungen gibt es oftmals selbst zwischen den brasilianischen Standorten eines Konzerns keine Kontakte. Einige nationale Komitees werden mit der Zustimmung der lokalen Unternehmensleitung gegründet, andere gegen ihren Widerstand durchgesetzt, wieder andere scheitern an den ideologischen und organisatorischen Differenzen der beteiligten brasilianischen Gewerkschaften. Die Betriebsräte und Gewerkschafter deutscher multinationaler Konzerne, die Erfahrungen mit sozialem Dialog

haben und personelle wie finanzielle Ressourcen aufbringen, die die Kontinuität des Netzwerkes gewährleisten, können hier eine wichtige Rolle spielen.

Zu den Zielen der IG Metall gehört die Etablierung von Weltkonzernbetriebsräten oder globalen Arbeitnehmervertretungen auf Konzernebene. Das wurde in der Entschließung 1 beim 21. ordentlichen IGM-Gewerkschaftstag 2007 verabschiedet. Dies kann durch eine sukzessive Ausdehnung von EBR auf Vertreter aus nicht-europäischen Ländern geschehen, aber auch durch eine Institutionalisierung von Netzwerken durch entsprechende Vereinbarungen mit dem jeweiligen Unternehmen.

Ballungszentrum São Paulo: etwa tausend deutsche Firmen haben hier ihren Standort.

Foto: Jörg Böhling/agenda



Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen

Internationale Rahmenvereinbarungen (**International Framework Agreements (IFA)**) zwischen Konzernen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen stehen bereits seit 2002 auf dem Programm der IG Metall. Damals wurde beschlossen, „dass auf Unternehmensebene zwischen Geschäftsleitung und Betriebsräten/ Gewerkschaften „Codes of Conduct“, d. h. Verhaltensregeln für soziale und ökologische Mindeststandards, vereinbart werden sollen“. Weiter heißt es: „So strebt die IG Metall in diesem Jahrzehnt an, in den 25 größten international tätigen Unternehmen des Organisationsbereiches derartige Verhaltensregeln umzusetzen“. Bis heute wurden 19 solcher Abkommen in Kooperation mit der Internationalen Metallarbeiterföderation unterzeichnet.

Ihre Wirksamkeit in der Praxis ist unterschiedlich. Es gibt Rahmenabkommen wie bei Daimler, die selbst für die Zulieferfirmen Bedeutung haben. Wenn juristisch belastbare Fälle von Verstößen gegen Gewerkschaftsrechte bei Zulieferern von Daimler recherchiert werden konnten, hat das Unternehmen schnell interveniert und für Kolleginnen und Kollegen z. B. in der Türkei Änderungen erwirkt. Bei manchen anderen Firmen liegen die Abkommen nur in der Schublade.

Generell ist die Bereitschaft zur Vereinbarung von Rahmenabkommen auch auf Gewerkschaftsseite trotz vieler Informationen und Schulungsmaßnahmen gering. Die Verhandlung und Umsetzung von Internationalen Rahmenvereinbarungen, die Etablierung von transnationalen gewerkschaftlichen Netzwerken auf Unternehmensebene und der weitere Aufbau von Weltkonzernbetriebsräten (WKBR) muss von den Betreuern der Konzernbetriebsräte, Gesamtbetriebsräte und Europäischen Betriebsräte sowie den Aufsichtsratsmitgliedern viel stärker voran getrieben werden. Internationale Themen müssen Einzug in ihre tägliche Arbeit finden; die internationale Dimension von Themen, die in Deutschland auf Betriebs- oder Konzernebene angegangen werden, muss erkannt und berücksichtigt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die regelmäßige gegenseitige Information der betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf den unterschiedlichen Ebenen und die verstärkte Koope-

ration mit dem IG Metall-Fachbereich Betriebspolitik. Wichtig sind auch eine entsprechende Verteilung von personellen und finanziellen Ressourcen sowie die Aufnahme der internationalen Themen in die gewerkschaftliche Bildung. Dabei muss auch die Finanzierung der Aktivitäten geklärt werden, wenn sie nicht vom Unternehmen bezahlt werden: Umschichtung von Mitteln, zusätzliche Mittel oder Drittmittelakquise.

Zu den strukturellen Problemen auf deutscher Seite gehört sicherlich, dass unsere gewerkschaftlichen Kontakte sich eher auf die Gewerkschaftsföderationen als auf die Basisgewerkschaften in Brasilien beziehen und auch eher auf die der CUT angeschlossenen Gewerkschaften. Die Kenntnis über die realen gewerkschaftlichen Verhältnisse in Brasilien ist insgesamt gering.

Konkrete Solidarität brauchen die Kolleginnen und Kollegen in Brasilien bei der Durchsetzung von Vertretungsstrukturen im Betrieb, der Stärkung des sozialen Dialogs und der Verhandlungsfähigkeit ihrer Gewerkschaften. Gewerkschaftspolitisch geht es um die Durchsetzung des Industriegewerkschaftsprinzips und den Aufbau von Einheitsgewerkschaften, das heißt auch um Reduzierung der Zahl der Gewerkschaften und Dachverbände, sowie um die Ratifizierung der ILO-Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes von 1948. Auch die Verbreitung des Mitbestimmungskonzepts ist bei den Gewerkschaften in Brasilien gefragt. Für geregelte Beziehungen auf Unternehmensebene können und müssen sich die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland durch Druck auf die Unternehmenszentralen stark machen. Folgende Vorgehensweisen und Probleme sind typisch für die Arbeit in Unternehmensnetzwerken:

- Kontakte entstehen oft auf „persönliche Art“, mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen, Instituten oder der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Verbindungen gibt es eher mit der „Spitze“, also Dachverbänden, kaum mit den lokalen Gewerkschaften an der „Basis“.
- Die Verbindungen sind oft sporadisch und ohne dauerhafte personelle Kontinuität.
- Die Netzwerke arbeiten vor allem im Metallbereich, bisher kaum bei Holz und Textil.



Vorbildliche Sozialcharta: Faber Castell-Werk in São Carlos Foto: Jörg Böhling/agenda

- Treffen, Seminare und Projekte werden bilateral veranstaltet, es fehlt ein nationaler Rahmen.
- Mehrere „Akteure“ arbeiten zuweilen ohne Absprachen, Transparenz und Koordination.

Die IG Metall profitiert heute von dem Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen, die in der Vorstandsverwaltung, in den Betrieben und vor Ort, unter nicht immer günstigen sprachlichen, finanziellen und gewerkschaftspolitischen Bedingungen, jahrelang eine Reihe von Netzwerken zwischen Brasilien und Deutschland aufgebaut haben. Ihre wertvolle Arbeit soll fortgesetzt und ausgebaut werden.

ThyssenKrupp

ThyssenKrupp hat zurzeit 18 Standorte in fünf Bundesstaaten Brasiliens und beschäftigt in den lokalen Tochtergesellschaften rund 14.550 Mitarbeiter. Ein neues Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba im Staat Rio de Janeiro soll ab Dezember 2009 ca. 3.500 neue direkte und 10.000 indirekte Arbeitsplätze schaffen. Der Durchschnittsverdienst beträgt 651 Reais. Die Arbeitnehmer werden zu 61 Prozent von der Metallgewerkschaft der CUT vertreten, zu 33 Prozent von der **Força Sindical** und zu sechs Prozent von der UGT.

Am 19. 1. 2007 wurden die „Grundsätze sozialer Verantwortung in den Arbeitsbeziehungen im ThyssenKrupp-Konzern“ unterschrieben. Der Konzernvorstand ist bereit, mit dem Konzernbetriebsrat (KBR) zeitnah in Gespräche zur Bildung eines „Internationalen Ausschusses ThyssenKrupp“ einzutreten. Die Sitzungen des Unternehmensnetzwerks finden unregelmäßig statt. Der KBR besteht auf einem gemeinsamen Vorgehen von CNM/CUT und CNTM/Força bei der Vorbereitung der Treffen. Diese Kooperation hat bereits angefangen.

ZahnradFabrik/ZF

ZF ist ein Zulieferer für die Kraftfahrzeugindustrie. Die Gesellschaft stellt in vier Produktionsstätten in Sorocaba, São Bernardo do Campo und Araraquara im Bundesstaat São Paulo sowie in Belo Horizonte im Bundesstaat Minas Gerais Achsen, Getriebe und Kupplungssysteme her. Die Zahl der Mitarbeiter soll bis 2010 um 25 Prozent auf 5.000 erhöht werden.

ZF do Brasil will bis 2011 insgesamt 680 Millionen Reais in Brasilien investieren. 50 Prozent der geplanten Gesamtinvestitionen werden für die Erweiterung der Produktionskapazitäten zur Herstellung von Getrieben verwendet. Die Jahresproduktion von 35.000 Einheiten soll bis 2012 um 400 Prozent gesteigert werden.

Die brasilianischen Kollegen haben seit 2006 eine bundesweite Arbeitnehmer-Vertretung (CNS) von ZF. Sie kämpfen für die Akzeptanz der Arbeitnehmer-Vertretung im Betrieb und bitten um Unterstützung bei konkreten Themen. Gleichzeitig möchten sie eine allgemeingültige

Regelung für Freistellung und Bezahlung der Arbeitnehmer-Vertreter bei ZF vorschlagen. Bilaterale Kontakte und Informationen sollen gestärkt werden.

2007 wurde ein Netzwerk gestartet. Der EBR verhandelt zurzeit über eine Verbesserung der Inhalte. Die ZF-Leitung wehrt sich dagegen. Im selben Jahr fand ein internationaler Austausch mit zwei Arbeitnehmervertretern aus Araraquara, vier aus Belo Horizonte und einem aus Sorocaba statt. Inzwischen nehmen zwei Vertreter aus Brasilien mit Beobachterstatus an den Sitzungen des EBR teil.

Im Juli 2008 haben vier Brasilianer aus Belo Horizonte, Sorocaba und São Bernardo an einem Seminar und einer EBR-Sitzung in Deutschland teilgenommen. Der EBR will den Abschluss eines Internationalen Rahmenabkommens. Die Geschäftsleitung möchte über einen „schwachen“ Verhaltenskodex verhandeln, der im Wesentlichen eine Selbstverpflichtung enthält, sich an die vom Gesetzgeber, den Anteilseignern oder dem Aufsichtsgremium aufgestellten Regeln zu halten. Ziel ist die Vermeidung eines negativen Images und der Ausschluss von Haftungsfällen bzw. Schadensersatzklagen. Der EBR ist dagegen und möchte sich mit Daimler-Kollegen über Erfahrungen austauschen.

Mahle

Der Automobilzulieferer Mahle investiert in Brasilien seit 1950 und ist an folgenden Standorten vertreten: Mogi Guaçu (SP), Indaiatuba (SP), São Bernardo do Campo (SP), Itajubá (MG) und Limeira (SP). Er hat 2008 ein neues Entwicklungszentrum in Jundiaí mit etwa 260 Ingenieuren und Wissenschaftlern eingerichtet.

Die Kolleginnen und Kollegen beschwerten sich über erhöhten Arbeitsdruck, schlechte Arbeitsbedingungen und einen dadurch verursachten hohen Krankheitsstand. Ältere Arbeitnehmer haben keine Aussicht auf Gehaltserhöhungen.

Es wurde bereits eine Tarifgemeinschaft zwischen CNM/CUT und CNTM/Força gebildet. Seit zwei Jahren gibt es ein Netzwerk. Es wird zurzeit an der Stärkung des Netzwerkes gearbeitet.

Beispiele für Netzwerke in deutschen Firmen in Brasilien

Bosch

Am 16. November 1954 wurde die Robert Bosch do Brasil Ltda. in São Paulo gegründet. Heute stellt Brasilien eine der größten Regionalgesellschaften der Bosch-Gruppe dar. Die Standorte befinden sich in Aratú, Atibaia, Campinas, Curitiba, Hortolandia, Pomerode, São Paulo.

Bosch konzentrierte sich dort auf die Fertigung von Kraftfahrzeugtechnik, Automationstechnik, Verpackungstechnik, Elektrowerkzeugen und Hausgeräten. Zum Produktsortiment in Brasilien gehören Sägen, Hobel, Fräsen und Schleifer. Die Umsätze lagen 2006 in diesem Segment bei 70 Millionen Reais. Der Vertriebsmanager für Elektrowerkzeuge von Robert Bosch in Lateinamerika betonte, dass die Verkäufe bei diesen Produkten 2007 um 40 Prozent zulegen konnten. Knapp 40 Prozent der Gesamtumsätze 2007 erzielte Bosch mit Produkten, die weniger als zwei Jahre auf dem Markt sind.

Es gibt ein Internationales Rahmenabkommen, das auch vom Internationalen Metallarbeiterbund (IMB) unterschrieben wurde. Von Deutschland aus bestehen bilaterale Kontakte zu den Netzwerken in Brasilien; wegen Personalwechsel brauchen sie eine Stabilisierung und mehr Erfolge. Für den 25. bis 27. März 2009 ist das zweite Welttreffen der Arbeitnehmervertretungen in Deutschland geplant.

VW

Bereits seit 1953 ist Volkswagen in Brasilien am Markt und produziert heute an fünf Standorten mit rund 21.000 Mitarbeitern Pkw-Modelle, Busse und schwere Lkw sowie Motoren und Getriebe. Der Konzern hat Werke in Anchieta, Taubaté, São Carlos und São José dos Pinhais. Täglich werden 2.250 Fahrzeuge in den Werken von São Paulo und Paraná produziert.

In den ersten sieben Monaten 2008 verkaufte VW in Brasilien 314.500 Pkw und damit 20,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Fahrzeuge werden zum Teil in die Nachbarländer exportiert, allen voran Argentinien, Venezuela, Chile und Kolumbien. 2008 werde Brasilien bei der Marke VW den deutschen Markt überholen



Bei Volkswagen do Brasil wurde 2005 das 15.000.000. Fahrzeug gebaut – in gut 50 Jahren.

Foto: Ralf Hirschberger/picture alliance/dpa

und zum zweitgrößten globalen Markt hinter China aufsteigen, sagte laut „Börsen-Zeitung“ der Chef von Volkswagen do Brasil, Thomas Schmall.

Die VW-Lastwagensparte (Volkswagen Caminhões e Ônibus) produziert seit 1996 am Standort Resende. Die VW-Tochter in Brasilien ist der größte Lkw-Bauer in dem lateinamerikanischen Land. Inzwischen hat der MAN-Konzern diese Sparte von Volkswagen gekauft.

VW hat zusammen mit dem Internationalen Metallarbeiterbund 2002 eine Internationale Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die auch für Zulieferbetriebe Gültigkeit besitzt. Seit 1998 gibt es einen Weltkonzernbetriebsrat, der sich regelmäßig trifft und im Auge behält, dass einzelne Betriebe nicht gegeneinander ausgespielt werden können und die Rechte der Arbeitnehmer gewahrt werden.



Bei DaimlerChrysler do Brasil werden in São Bernardo do Campo Lkw und Omnibusse montiert.

Foto: Ralf Hirschberger/picture alliance/dpa

MAN

Die MAN AG in München hat die Übernahme des Nutzfahrzeuggeschäfts der Volkswagen AG (VW) in Brasilien beschlossen. MAN werde das Nutzfahrzeuggeschäft in Brasilien unter der Marke Volkswagen weiterführen, teilte VW in Wolfsburg mit. Der Volkswagen-Konzern ist bei MAN mit knapp 30 Prozent größter Aktionär.

Es muss nun sichergestellt werden, dass die Arbeitnehmerrechte bei MAN in Brasilien genauso wie bei VW garantiert bleiben und ähnliche Vertretungsstrukturen der Arbeitnehmer eingerichtet werden.

Daimler/Mercedes-Benz

Am 7. Oktober 1953 wurde die Mercedes-Benz do Brasil in São Bernardo do Campo offiziell gegründet. Heute ist sie in São Bernardo (SP), Campinas (SP) und Juiz de Fora (MG) vertreten.

Im ersten Halbjahr 2008 hat Mercedes 61.775 Lkw und 15.376 Busse in Brasilien abgesetzt.

Das waren 35 Prozent beziehungsweise 18 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die guten Verkäufe bei Lkws führten die Stuttgarter auf das Wachstum in der Bauwirtschaft, im Bergbau sowie im Zuckerrohr- und Getreideanbau zurück.

Der Automobilkonzern will nun umgerechnet 600 Millionen Euro in die Erweiterung der Produktionskapazitäten für Lkw, Busse und Komponenten im Werk São Bernardo do Campo investieren. Die Tagesproduktion des Werks solle dadurch um 25 Prozent zunehmen. Insgesamt solle das Investitionsprogramm bis zum Jahr 2011 laufen. Derzeit ist Mercedes-Benz mit 22.778 verkauften Einheiten in den ersten sieben Monaten 2008 mit einem Marktanteil von 31 Prozent Marktführer in Brasilien. Mit der neuen Investition werden knapp 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Zurzeit beschäftigt Daimler 12.000 Arbeitnehmer in Brasilien.

Im Herbst 1984 gelang es der Belegschaft des Mercedes-Benz-Werks in São Bernardo (LKW),

nach dreitägigem Streik die Anerkennung einer Fabrikkommission durchzusetzen.

Daimler hat 2003 einen beispielhaften Internationalen Rahmenvertrag unterzeichnet, der auch für Zulieferfirmen anwendbar ist. Offiziell gemeldete Verstöße gegen den Rahmenvertrag werden entsprechend bearbeitet und gelöst. Dieses Vorgehen gilt als gutes Beispiel für andere Unternehmen.

General Motors/Opel

Gegründet 1925, ist GM Brasil (GMB) die größte GM-Filiale in Südamerika und der zweitgrößte Standort außerhalb der USA. Im Jahr 1930 hat GMB den ersten Standort in São Caetano do Sul und im Jahr 1958 den zweiten in São Jose dos Campos, beide im Bundesstaat São Paulo eröffnet. Im Juli 2000 wurde eine der weltweit modernsten Produktionsstätten in der Stadt Gravataí, in Rio Grande do Sul eingeweiht.

General Motors/Opel hat große Probleme, begleitet von Entlassungen und Werksschließungen weltweit, aber in Brasilien sind dennoch große Investitionen und neue Werke geplant.

Zwischen den Dachverbänden und Gewerkschaften, die bei GM/Opel in Brasilien tätig sind, gibt es viele Auseinandersetzungen, unter anderem mit der links ausgerichteten Gewerkschaft „Conlutas“. Diese nicht anerkannte Dachorganisation vereint und koordiniert linke Gewerkschaften, die Gewerkschaftsopposition und soziale Bewegungen. Sie ist parteipolitisch mit der PSTU (**Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado**) eng verbunden.

Opel/GM hat einen „Code of Conduct“, der jedoch nicht vom IMB unterschrieben wurde.

Rheinmetall

Der Technologiekonzern Rheinmetall, der vor allem für die Rüstungs- und die Automobilindustrie produziert, unterhält in Brasilien an einem Standort in Nova Odessa (SP) vier Produktionsstätten für den Bereich Automotiv. Er stellt dort Kolben, Pumpen und Gleitlager her und betreibt einen Motor Service.

Von Seiten der Beschäftigten bei Rheinmetall in Brasilien gibt es gravierende interne Beschwerden über Gesundheitsprobleme und erhöhten Arbeitsdruck. Sie wurden im November 2008 – auch auf Bitte des Unternehmens – vor Ort besprochen. Der soziale Dialog zwischen Geschäftsleitung und örtlicher Gewerkschaft ist auf einem guten und offenen Weg.

Bei Rheinmetall existiert inzwischen ein Internationales Rahmenabkommen, das vom IMB unterschrieben wurde. Die Geschäftsleitung zeigt ein gespaltenes Verhältnis zu dessen Wert.

Unter Einbeziehung brasilianischer Kollegen soll der Austausch der deutschen Kolleginnen und Kollegen mit dem Netzwerk in Brasilien verstärkt werden.

Schaeffler-Gruppe

Die Schaeffler Gruppe besteht aus den drei Marken INA, LuK und FAG. Die Unternehmensgruppe gehört zu den weltweit führenden Anbietern in der Wälzlagerindustrie und ist ein anerkannter Partner nahezu aller Automobilhersteller. Die EU-Kommission hat inzwischen die Übernahme der Continental AG, Hannover, durch die Schaeffler Gruppe genehmigt. In Brasilien hat die Schaeffler Gruppe Standorte in Sorocaba und in São Paulo. Sie ist seit 50 Jahren in Brasilien tätig und in den Bereichen Kuppelung, Motorteile und Kugellager führend. Beschäftigt werden insgesamt 5.500 Arbeitnehmer.

2007 hat die Gruppe einen Umsatz von 8,9 Milliarden Euro erwirtschaftet. Weltweit beschäftigt sie 66.000 Menschen. Verkaufsbüros für den lateinamerikanischen Raum befinden sich in Buenos Aires (Argentinien), Bogotá (Kolumbien), Valencia (Venezuela) und Santiago (Chile). Die Firma hat sich durch Investitionen in die Wasseraufbereitung hervorgetan.

Von den 3.000 Arbeitnehmern bei INA sind 33 Prozent gewerkschaftlich organisiert; sieben Mitglieder sitzen in der betrieblichen Gewerkschaftskommission. Von 1.500 Arbeitnehmern bei LuK sind 40 Prozent gewerkschaftlich organisiert; fünf Mitglieder gehören zur betrieblichen Gewerkschaftskommission. Von den 1.060 Ar-



Sozialstandards müssen auch für Zulieferbetriebe verbindlich sein: Kontrolle der Autoreifen bei Continental Foto: Rika/picture alliance/dpa

beitnehmern bei FAG sind 600 gewerkschaftlich organisiert. Die Beschäftigten in den drei Werken erhielten 2008 eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 3.000 Reais (etwa 1.090 Euro). Die Gewerkschafter im Werk werden von der Firmenleitung allerdings nicht gut behandelt.

Neue Investitionen haben Angst ausgelöst, weil die Kollegen nicht ausreichend informiert wurden.

Zu den wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft bei Schaeffler gehören mehr Freistellung für Mitglieder der betrieblichen Gewerkschaftskommissionen für Gespräche mit den Kollegen, Raum für die Gewerkschaftskommission in der Firma, die Verbesserung der Sicherheit und der Gesundheitsbedingungen und das Ende von Druck und Einschüchterung.

Die Schaeffler-Gruppe hat einen Unternehmenskodex (CSR) mit länderspezifischen Ausgestaltungen.

2009 soll ein erstes Treffen zwischen Gewerkschaftsvertretern aus Deutschland und Brasilien den Aufbau eines Netzwerkes einleiten.



Die brasilianische Tochter der deutschen Firma Wobben Windpower baut Turbinen für Windkraftanlagen. Foto: Jörg Böhling/agenda

Grob

Die Maschinenbaufirma Grob produziert in São Bernardo do Campo (SP) überwiegend Geräte für die Automobilindustrie. Sie hat sich in der Vergangenheit einen gewerkschaftsfeindlichen Ruf erworben. Für den Maschinenbaubetrieb, der unter anderem Mercedes-Benz in Brasilien beliefert, liegen Informationen über schwerwiegende Missachtungen der Arbeitnehmer-Rechte vor. Dabei geht es um Verletzungen der brasilianischen Gesetze (CIPA), die Mitsprache bei Arbeitsschutzfragen vorsehen, um Lohnkürzungen wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit und die Auflösung gewerkschaftlicher Veranstaltungen durch die Polizei. Inzwischen haben Arbeitnehmervertretungen einzelner Betriebe von DaimlerChrysler in Deutschland bei der Mutterfirma von Grob in Mindelheim dagegen protestiert. Eine brasilianische Delegation reiste 2008 zum Mutterhaus nach Mindelheim zu Gesprächen, wurde dort aber nicht empfangen. Die Firmenleitung argumentiert, das Werk in Brasilien werde „selbständig“ geführt.

Es wurde eine Absprache mit der IG Metall getroffen, um die Geschäftsleitung in Brasilien zum Dialog mit der Gewerkschaft zu bewegen. Weitere Einsätze zur Besserung der Lage sind erforderlich.

Weckerle

Die Weckerle GmbH ist ein Familienunternehmen mit Sitz in Weilheim und liefert Abfüllanlagen für die Kosmetik-, Pharma- und Lebensmittelindustrie. Sie unterhält einen Standort in Jurubatuba (São Paulo).

Von Beschäftigten der Firma Weckerle in São Paulo sind schwerwiegende Klagen über illegales, unmoralisches, anti-ethisches und anti-gewerkschaftliches Verhalten bei der IG Metall eingegangen. Es gibt konkrete Beschreibungen über zu lange Arbeitszeiten, Arbeit am Wochenende, Überstunden, unregelmäßige Bezahlung und Verfolgung bei Krankheit. Ein Dialog mit der

Gewerkschaft werde verweigert, heißt es, es gebe sogar Anzeigen gegen sie, außerdem eine Arbeitnehmerliste für restriktive Maßnahmen. Mitarbeiter würden eingeschüchtert und gegeneinander aufgehetzt.

Zurzeit wird mit der Verwaltungsstelle Weilheim der IG Metall die Vorgehensweise erörtert. Der Firmeneigentümer Weckerle ist bereits schriftlich informiert und an einer Lösung interessiert.

Kostal

Die Elektronikfirma Kostal, ein Zulieferer der Automobilindustrie, hat in Brasilien zwei Standorte bei São Paulo: in São Bernardo do Campo und in Cravinhos. Es soll ein neues Projekt für Netzwerke gestartet werden.

Mannesmann Röhrenwerke

Vallourec & Mannesmann Tubes ist ein Unternehmen der Vallourec Gruppe. Im Mai 2000 übernahm V & M Tubes die Mannesmann S. A. in Belo Horizonte, Brasilien, die seither als V & M do Brasil S. A. operiert. Das Werk Barreiro in Belo Horizonte ist der Hauptstandort.

Das Stahlwerk mit sämtlichen Anlagen steht für die einzelnen Fertigungsstufen der dort produzierten Rohre – von der Stahlschmelzung und -behandlung über verschiedene Walzverfahren bis hin zur Weiterverarbeitung. Neben dem Werk Barreiro hat V & M do Brasil zwei Tochtergesellschaften, V & M Florestal Ltda (in Corvelo – MG) und V & M Mineração Ltda (in Brumadinho – MG), die das Stahlwerk Barreiro und andere Stahlerzeuger in Brasilien mit Holzkohle und Eisenerz versorgen.

Es soll ein neues Projekt für Netzwerke gestartet werden.

Gewerkschaftsjugendliche des Internationalen Arbeitskreises der IG Metall zu Besuch in Brasilien

„Aprender Juntos“ heißt das Motto, unter dem regelmäßig Jugendaustausch im Rahmen des Internationalen Arbeitskreises der IG Metall-Jugend mit verschiedenen Organisationen in Brasilien stattfindet. „Aprender Juntos“ meint soviel wie „Gemeinsam lernen“. Genau das waren auch die Beweggründe für neun junge GewerkschafterInnen der IG Metall-Jugend, vom 28. 9. bis 28. 10. 2007 nach Brasilien zu fliegen, um junge GewerkschafterInnen der brasilianischen Metallindustrie und AktivistInnen der Landlosenbewegung persönlich kennenzulernen – wie sie leben, arbeiten und vor allem mit welchen Problemen sie sich als junge Menschen in der Gesellschaft auseinander setzen müssen. Nicht zuletzt meint „Gemeinsames Lernen“ auch, gemeinsame Lösungsansätze über die nationalen Grenzen hinaus zu diskutieren. Bereits seit 1995 existiert der Austausch mit dem Gewerkschaftsdachverband CNM/CUT und der MST (Movimento Sem Terra). Zur Reisegruppe gehörten diesmal junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sowie zwei Studierende. Schwerpunktthema war die „Bildung“, es war Bestandteil bei den verschiedensten Treffen und Gesprächen. Dabei ging es um die Bildungspolitik in Brasilien, aber auch um die ideologische Bildung der Gewerkschaften.

MST: Die Landlosenbewegung

Die Gruppe wohnte einige Tage auf einem Landstück, das ursprünglich vom MST besetzt war und seit rund 25 Jahren bewirtschaftet wird. Sehr interessant war für die deutsche Gruppe das ökologische Bewusstsein. Es gibt verschiedene Bestrebungen zur Umrüstung auf eine alternative und umweltfreundliche Energiegewinnung, beispielsweise aus Sonnenblumenkernen. Ein Highlight auf dem Land war der Kontakt und der Austausch mit jungen AktivistInnen des MST-Agrarökologiekurses, der parallel stattfand. Auch bilden Ansätze kollektiver Bewirtschaftungsformen auf dem Land alternative Möglichkeiten einer Solidargemeinschaft, wie es der MST lebt, im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsform.



Gemeinsam gelernt: Gewerkschaftsjugendliche aus Deutschland und Brasilien Foto: IG Metall

Neben einer bereits festen Siedlung des MST (Assentamento) bot sich die Gelegenheit, eine nur aus Zeltplanen bestehende Landbesetzung der MST zu besuchen. Im Vordergrund standen die Gespräche mit den Familien über die einfachen und provisorischen Lebensbedingungen, über ihre Hoffnung auf ein Stück eigenes Land und die Erfahrungen mit der täglichen Unsicherheit, vertrieben zu werden.

CNM/CUT: Die Metallergewerkschaft

Im Zentrum des Austauschs mit den jungen brasilianischen GewerkschafterInnen der CNM/CUT standen der Aufbau von gewerkschaftlichen Jugendstrukturen und die Frage, wie bei jungen ArbeitnehmerInnen Interesse zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erzeugt werden kann. Im Rahmen eines durch die CNM/CUT organisierten Jugendkongresses stand diese Fragestellung im Mittelpunkt. Weiterer Höhepunkt war die Vielseitigkeit der TeilnehmerInnen des Kongresses. Trotz großer Entfernungen und langer Reisezeiten nahmen brasilianische KollegInnen aus einer Vielzahl von Bundesstaaten teil. In Form kleiner Arbeitsgruppen wurden gemeinsame Handlungsansätze und Methoden in einem regen Diskussionsaustausch über die jeweiligen Erfahrungen erarbeitet. Sprachliche Barrieren ließen sich mit einem Mix aus Portugiesisch, Deutsch, Englisch und nonverbal aus dem Weg räumen,



„Kampfkultur“: Reisegruppe der IG Metall Jugend lernt trommeln. Foto: IG Metall

so dass die gemeinsamen Ergebnisse im Plenum vorgestellt werden konnten.

Um einen Einblick in die betriebliche Arbeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Brasilien zu erhalten, besuchte die Gruppe im Industriegürtel rund um São Paulo, in der ABC-Region, Niederlassungen deutscher Konzerne wie Daimler, VW und ZF Lemförder. Schwerpunktthemen waren die Herausforderungen der betrieblichen Interessenvertretung bei der Beruflichen Bildung sowie die Vernetzung und der Informationsaustausch auf internationaler Konzernebene.

Einen bleibenden Eindruck bekam die Reisegruppe bei dem Besuch des Straßenkinderprojektes von Volkswagen. Mit Capoeira und brasilianischer Musik lernen die Kinder in ihrer Freizeit ein Stück brasilianischer Kultur. Den deutschen Gästen wurden gemeinsam mit den Kindern brasilianischer Tanz- und Kampfkultur näher gebracht.

Mit diesem Austausch wurden auch Jugendliche in den Betrieben auf die Zusammenarbeit mit den deutschen GewerkschafterInnen und den Gedanken der Internationalen Solidarität aufmerksam gemacht. Ziel müssen daher auch die weitere Zusammenarbeit und die Verankerung der internationalen Gewerkschaftsarbeit in der Bundesrepublik und in Brasilien getreu dem Motto „Aprender Juntos“ sein.

Kati Köhler

Offizielle Kontakte der IG Metall in Brasilien

Offizielle Kontakte unterhält die IG Metall mit den Bundeskonföderationen der Metaller von CNM/CUT, Gespräche führt sie auch mit CNTM/Força Sindical. Beide sind IMB-Mitglied. Betriebsgebunden existieren auch Kontakte mit einigen Basisgewerkschaften auf lokaler/regionaler Ebene. Von Seiten des DGB gibt es direkte Kontakte insbesondere mit CUT und Força Sindical.

1. CNM/CUT(Konföderation/Bundesebene)

96 Mitgliedsgewerkschaften

7 Föderationen (Landesebene):

in Rio Grande do Sul

Santa Catarina und Paraná

Bahia

São Paulo

Rio de Janeiro und Espírito Santo

Norden

Nordosten

Zahl der Metallarbeitnehmer Brasiliens:

2.078.420 = 100 Prozent (2008)

bei CNM organisiert = 1.019.000 = 49 Prozent

2. CNTM/FS (Konföderation/Bundesebene)

140 Mitgliedsgewerkschaften

9 Föderationen (Landesebene)

Zahl der Gewerkschaften nach Regionen

33 im Süden

87 im Südosten

9 im Westen

5 im Nordosten

6 im Norden

Zahl der Metallarbeitnehmer Brasiliens:

2.078.420 = 100 Prozent (2008)

bei CNTM organisiert = 964.474 = 46,4 Prozent

davon

16.317 im Norden (1,6 Prozent)

23.924 im Westen (2,5 Prozent)

14.599 im Nordosten (1,5 Prozent)

694.300 im Südosten (72 Prozent)

215.334 im Süden (22,3 Prozent)

Die CNTM organisiert vor allem die Bereiche Automobil, Stahl, Kfz-Teile und Maschinenbau.

(Eigene Angaben: 2008)



Von oben nach unten:

Besuch in Brasilien: Präsident Luiz Inácio Lula da Silva mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer Foto: Gallo 2005/picture alliance/dpa

Lehrerprotest gegen Bildungspolitik in Porto Alegre Foto: Eduardo Seidl

Geschenk von IG Metall-Kollegen an Lula Foto: Präsidiolamt Brasilien

Kampagne von Bankangestellten in Porto Alegre Foto: Eduardo Seidl

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktionelle Koordination: Andreas Merx
Text: Manuel Campos
Textredaktion: Sigrid Thomsen
Bildredaktion: Sigrid Thomsen
Textkorrektur: Sibel Kara
Grafische Gestaltung: Georg Temme
Druck: FabriDruck, Mülheim

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-384
Fax: 0211/4301-500
E-Mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de

IG Metall Vorstand
FB Internationales/Europa
Bereich Lateinamerika
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Tel.: 069/6693-2700
Fax: 069/6693-2028
E-Mail: Manuel.Campos@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung
durch das Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt.

Dezember 2008



DGB BILDUNGSWERK